



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

550 (29.11.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209700](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209700)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgegend v. 20. Nov. die 6. Des 1 d. Mon. Mart. Die monatl. Bezugspreis beträgt 100 Mark bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preisänderungen zu bezahlen. Postfachnummer 17390 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim l. o. L. — Geschäftsstellen: Karlsruhe, Weiskirchen, 6. J. Fernspr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegr.-Nr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per eine spaltige Kolonnenzeile für allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark; Nationalen 1,20 Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Keine Gewähr. Briefwechselungen sind berechnigt zu seinen Erhaltungskosten für ausgefallene oder beschädigte Ausgaben oder für verspätete Aufnahmen von Anzeigen. Auftr. d. Fernspr. ohne Gewähr. Verlagsst. Mannheim.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Reichstagsauflösung letzter Ausweg?

Die Taktik der Deutschnationalen

Berlin, 29. Nov. (Von uns. Berl. Büro.) Die Gerüchte, die gestern nachmittag aus der deutschnationalen Fraktion drangen, und die von einem beginnenden Einlenken zu berichten wußten, sind falsch gewesen. Die Deutschnationalen haben zwar in der Reichstagsfrage ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, aber das Entgegenkommen war nur scheinbar, wie sich aus folgender Erklärung ergibt, die von ihnen ausgegeben wurde:

Die von den Unterhändlern der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum der deutschnationalen Fraktion vorgelegten Hauptfrage betrifft Preußen. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat deshalb beschlossen, die deutschnationalen Reichstagsfraktion zu bitten, in Anknüpfung an die heute im preußischen Landtag bereits geschlossenen Verhandlungen sofort nochmals an die bürgerlichen Parteien des preußischen Landtages mit der Frage heranzutreten, ob diese Parteien geneigt sind, die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Preußen umgehend herbeizuführen. Von der alsbald zu erteilenden Antwort bleibe die Entscheidung der Reichstagsfraktion abhängig.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat entsprechend beschlossen. Am Morgen hat die deutschnationalen Reichstagsfraktion sich bereit erklärt, die vorbereiteten Verhandlungen über die Reichsregierung weiter zu führen.

Tatsächlich sind diese Verhandlungen auch schon geführt worden und werden vermuthlich noch fortgesetzt werden; dennoch wird man die Idee eines Bürgerblocks unter Siegerwalds Führung wohl zu den Toten zu legen haben. Der eigentliche Streitpunkt — man muß, wie widersprüchlich der ganze Streit um Augenblick ist, die Dinge scharf herausarbeiten — ist der: Die Deutschnationalen wollen ihren Eintritt in die Regierung abhängig machen, daß zuvor in Preußen die große Koalition aufgelöst ist. Das lehnt Herr Siegerwald ab, weil er sich nicht der Gefahr aussetzen möchte, daß im letzten Augenblick die Deutschnationalen ihre Minister aus einem Kabinett wieder zurückziehen, wenn inzwischen die Preußenfrage nicht nach ihren Wünschen erledigt wurde. Das wollen aber auch Zentrum und Volkspartei ab. Die Herren Vorst und Dr. v. Campe, also die Führer des Landtags-Zentrums und der Preußenfraktion der Volkspartei haben nur zugestanden, daß sie, wenn die Bildung der neuen Regierung im Reich abgeschlossen ist, Verhandlungen über die Umbildung der Koalition in Preußen einleiten wollen. Wohl verstanden: Sie sind bereit, über eine solche Umbildung in Preußen zu verhandeln, möchten aber keinerlei Bindung für den Erfolg dieser Verhandlungen einbringen. Von Herrn v. Seckl erzählt man sich belläufig, daß es ihm keineswegs erträglich wäre, wenn die große Koalition nun auch in Preußen in die Brüche ginge. Ihm scheint und andere sind der gleichen Meinung: Herr Seering ein durchaus ehrlicher und brauchbarer Helfer im Kampf gegen Regungen des Kommunismus zu sein.

So liegen also in allem die Dinge im Augenblick. Es zeigt sich, daß die Deutschnationalen sich in der eigenen Schlinge befinden haben und ihre Wähler im Lande durch ihre von keinerlei Verantwortung beschwerte demagogische Agitation längst zu sehr aufgewühlt wurden, um einen Eintritt der Deutschnationalen in ein Koalitionskabinett überhaupt noch ertragen zu können, und doch sie um deswillen mit einer lähmen Seite wieder den Ausweg ins Freie suchen. Die irgend noch vorhandenen Möglichkeiten einer neuen Regierungsbildung sind nunmehr so ziemlich alle durchprobiert, und keine hat zu einem Ergebnis geführt. Höchstens wäre noch an die kleine Koalition aus Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei zu denken, auf die sich zuerst auch das Kabinett Stresemann zu stützen verucht hat. So scheint also doch nur die Auflösung als letztes übrig zu bleiben. Dabei würde sich dann freilich sofort die Frage erheben, wo er löst auf? Auch das Kabinett Stresemann, das vorüberhand die Geschäfte, wenn auch mit erlahmender Kraft und geschwächter Autorität weiter führt? Wäre es denn aber doch nicht besser gewesen, wenn der Reichspräsident Stresemann die Erlaubnis zur Auflösung in der vorigen Woche nicht wieder entzogen hätte. In dem trübenden und beschämenden Verlauf dieser Krise fragen nicht nur die Parteien die Schuld, auch der Reichspräsident — so bedauerlich er ist, es muß ausgesprochen werden — hat an ihr teil.

Die Haltung der Demokraten

Unsere pessimistischen Auffassungen werden bestätigt durch folgende Beschlüsse, den die demokratische Reichstagsfraktion gegen die neunte Abendstunde faßt: „Nachdem gegen den Wunsch der Deutschen demokratischen Fraktion von den Deutschnationalen die Frage der Regierungsbildung verknüpft und dadurch die Frage der preußischen Regierungsbildung verknüpft ist, lehnt eine neue Verzögerung und Beunruhigung geschloffen ist, lehnt die Fraktion die weiteren Verhandlungen zwischen den Fraktionen ab und will sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgezeichneten Wege, also auf dem Wege der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichstanger ausersehenen Persönlichkeit beteiligen.“ In der demokratischen Fraktion ist dann noch festgestellt worden, daß gegen die Uebernahme des Außenministeriums durch Dr. Stresemann von keiner Seite, auch nicht von den Deutschnationalen, Widerspruch erhoben wurde. In der Reichstagsfrage war die Fraktion der Ansicht, daß kein Anlaß vorläge, die Koalition, die sich durch 1 1/2 Jahre bewährt habe, zu sprengen. Falls in Preußen nach diesem Beschluß der Demokraten überhaupt noch Verhandlungen eingeleitet werden sollen, wird man sie im Laufe des heutigen Vormittags (Donnerstag) führen.

Ein Bild in die heutige Berliner Morgenpresse

und die vollkommen allgemeine Ratlosigkeit. Weil man nichts Besseres und nichts Anders weiß gefällt man sich in Polemiken und untersucht mit Eifer die Frage, wer die Schuld daran trägt, daß wir nun wieder nur einen haufen Särben stehen. In der „Vossischen Ztg.“ wird auseinandergesetzt, daß die Deutschnationalen mit ihrer unter allen Umständen im Augenblick

deplazierten Forderung nach einer Auflösung der großen Koalition in Preußen nichts anderes bezweckt hätten, als ihre alte Reichsposition in Preußen wieder zu gewinnen und die Exekutive in Preußen nach ständiger Unterbrechung wieder in die Hand zu bekommen. Dafür wird im „Vossischen Anzeiger“ mit Vehementheit aufzuweisen versucht, daß die Zertrümmerung der bisherigen preußischen Koalition den Kern trage für ein gemeinschaftliches Wirken des Bürgerblocks im Reich. Würde Preußen weiter wie bisher „sozialdemokratisch“ regiert, so hätte der Bürgerblock seine einzige Stütze in Bayern, und es wäre sowohl für die Parteien wie für das Reich „unvorstellbar“, wenn sie sich auf Gnade oder Ungnade Bayern ausliefern müßten.“ Das ist immerhin eine etwas eigenartige Beweisführung.

In den Kreisen der Deutschnationalen scheint man noch offener die Absicht nach nicht aufgegeben zu haben, ein Kabinett Siegerwald ans Ruder zu bringen. Man hofft da offenbar auf eine bürgerliche Koalition mit Ausschluß der Demokraten. Infolgedessen haben die Deutschnationalen noch gestern Abend den Vorherrscher der Zentrumstraktion des Landtags die Bitte um Anregung bei ihrer Schwesterfraktion im Reichstag überbracht und gebeten, ihnen bis heute mittag 12 Uhr Antwort zu geben. Indes besteht weder beim Zentrum noch bei der Volkspartei im preußischen Landtag irgend welche Reigung, den deutschnationalen Wünschen nachzugeben und bei den Demokraten besteht sie erst recht nicht. Die Frage des „was nun?“ wird unter solchen Umständen immer drängender, nur daß die Reichstagsfraktionen aus der gewählten Reihenfolge nicht aufzubrechen vermögen. Am Rande der gestrigen Unterhaltung war, wie wir schon mitteilten, der Gedanke aufgetaucht, zur Koalition von Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten zu kommen. Schließlich wurde auch

ein drittes Kabinett Stresemann

in Erwägung gezogen. Das wird aber vom Barmärkt mit kräftiger Handbewegung abgelehnt. Die Arbeitgemeinschaft brauche mit der Sozialdemokratie gar nicht erst darüber zu verhandeln, wenn man an dem militärischen Ausnahmezustand festhalte und nichts getan werde, um Bayern auf den Boden der Reichsverfassung zurückzuführen. Das V. T. behauptet, daß gestern nachmittag unersichtliche Besprechungen zwischen Demokraten und Sozialdemokraten aufgenommen worden seien. Die Sozialdemokraten seien auch so gnädig gewesen, zu erklären, daß sie keineswegs die Beteiligung an irgend einer Koalition grundsätzlich ablehnten. Auch der Gedanke der Wiederherstellung der Weimarer Koalition ist wieder in die Debatte gemarstet worden, aber für alle diese Pläne steht es bei dem Stand der Dinge an jeder Realisierungsmöglichkeit. Hier und da wird sogar von einem Kabinett Nordort gesprochen. Auch das ist nur ein Ausfluß der Ratlosigkeit. Gestern spät abends ist Herr Siegerwald nochmals beim Reichspräsidenten gewesen. Die Bierzeitung behauptet, Siegerwald hätte bei dieser Gelegenheit seine früheren Vorbehalte in vollem Umfang aufrecht erhalten (die sich auf die Unterführung durch alle bürgerlichen Parteien und die Ausschließung mit der Auflösungsbeschluss bezogen). Er hätte sich aber bereit erklärt, die weitere Entwicklung abzuwarten und Verhandlungen „mit den in Betracht kommenden Parteien nicht abzubrechen.“ Herr Siegerwalds Mut und Ausdauer wird unter allen Umständen zu loben sein.

Die Untriebe der Moskauer

Berlin, 29. Nov. (Von uns. Berliner Büro.) Der kommunistische Versuch, die Festnahme der Roten Weisklein zu einer Haupt- und Staatsaktion aufzubausen und im Zusammenhang damit wieder einmal die Reichsanwaltschaft für die angeblich ungeschickliche Verfolgung und Unterdrückung zu rühmen, ist gestern im Landtag kläglich gescheitert. Es gelang dem Minister Seering, der ein umfangreiches Aktenmaterial vor sich ausbreiten konnte, ungeschwer zunächst den Nachweis zu führen, daß Frau Weisklein den Lindendamm nur aus dem Drange nach frischer Luft unternommen habe. Die kommunistische Anklage hat sich offenbar im Vertrauen auf ihre Landtagsimmunität auf die Straße gewagt und sich agitarisch betätigt. Alles Lob und Lärmen der Kommunisten vermag auch nicht die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die Weisklein, die am Dienstag standhaft durch die Straßen Berlins zogen, auf Wostlawer Befehl in Bewegung gesetzt worden sind. Dies und noch mehr konnte Herr Seering an der Hand seiner interessanten Dokumentensammlung unwiderleglich dargetan und man erhielt einen klaren Einblick in die intime Korrespondenz, die sich zwischen Herrn Sinowjew und der deutschen Kommunistin Ruth Fischer entsponnen hat und in der Sinowjew sich begrifflich über die „mangelnde Aktivität“ der deutschen Kommunisten beklagt. Es ist bei dieser Gelegenheit auch ans Licht gekommen, daß, wie man bisher nur vermuthen durfte, die kommunistische Demonstration im Reichstag, bei der Herr Kemmel seine Haut zu Markte getragen hat, unmittelbar von Wostlaw aus angeleitet wurde. Was nicht minder eindeutige Beweismittel wirkten auf das Haus die Wostlaw'schen Karabiner und Maschinen-gewehre, die Herr Seering, der inzwischen die Theorie von den „politischen Kindern“ aufgegeben zu haben scheint, zur Schau stellen ließ.

Bombenanschlag in Stuttgart

In der Nacht zum Dienstag wurde ein Bombenattentat im Gebäude der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ in Stuttgart, in dem aus Anlaß der politischen Beschagnahme des Gebäudes eine Wache der Schutzpolizei untergebracht ist, verübt. Unannehmlich war das Attentat gegen die Schutzpolizei gerichtet. Glücklicherweise wurde niemand ernstlich verletzt, nur ein Polizist erhielt durch einen hochflüchtigen eine leichte Kontusion. Die Bombe explodierte mit furchtbarem Knall, ähnlich dem einer Mörnerbombe. Der Gehweg vor dem Gebäude und alle Fenster Scheiben im Umkreis von rund 100 Meter sind zerstört.

Kerstfest in Breslau

Breslau, 28. Nov. Die Breslauer Kassenkassen beklagen, auf Weisung des Leipziger Verbandes hin mit Dreierlooszahlungen einen allgemeinen Kerstfest.

Waldersees dritter Band

Das Chinaabenteuer

Von Richard Bahr

Als ich, fast auf den Tag vor einem Jahr, in diesen Blättern die beiden ersten Bände der Walderseeschen Denkwürdigkeiten angelesen hatte, habe ich, indem ich ihren beträchtlichen Quellenwert für die politische Sittengeschichte der Wilhelminischen Epoche hervorhob, für ein schönes Buch, ein Buch der Anträge genannt. Von dem dritten Band, der vor ein paar Monaten vorgelegt worden ist, wird nicht gut gesagt, daß er ein höchst gemäßigtes Unternehmen ist. Er umfaßt die Zeit von 1904—1905, die letzten Lebensjahre des Feldmarschalls. Zeigt ihn, in Tagebüchern und Berichten an des Kaisers Majestät, auf dem von Anfang verlorenen Posten als Oberbefehlshaber der chinesischen Expedition, dann, nach der Heimkehr, wieder in seinem vornehmlich repräsentativen Amt in Hannover, von wo er, zu Ordensleuten und Kaisers Geburtstag die herkömmlichen Fahrten nach Berlin und einmal, im Gefolge Wilhelms II., die Reise nach Rom an den Hof des jungen italienischen Königspaars unternimmt. Aber Alfred Waldersee ist mittlerweile alt geworden. Wohl befehligt er ein geistig noch so gesundem Schloß seiner Kräfte und den Wohlstand der Kräfte, die ihn noch befähigen möchten, im Kriegsfall eine Armee zu führen. Doch Wünsche und Streben gehen ihm nicht mehr dahin. Der sein Leben lang nicht aufgegeben hatte, den Präventivkrieg zu fordern und, offen oder heimlich, zu betreiben, gesteht nun, angesichts der von Jahr zu Jahr gewachsenen politischen und militärischen Unzulänglichkeiten: er müßte „jeden Krieg für ein höchst gemäßigtes Unternehmen halten.“ Und der letzte Satz, mit dem die Aufzeichnungen abbrechen, ist der: „Ich bitte Gott, daß ich das nicht zu erleben brauche, was ich kommen sehe.“

Das heißt: Herz ist müde geworden und die Eitelkeiten der Welt, die den gläubigen Peter immer wieder in Anfechtung geraten ließen, sind langsam von ihm abgefallen. Der Kaiserposten, der fülle, wenn gleich oft genug abgelesene Traum dieses ehrgeizigen Lebens, hat seinen Reiz für den Generalien verloren. Nur noch der Staatshalter, der in „Eich-Bohringen“ strucht er, eben aus Ostosen zurückkehrend, noch verlohnen den Arm aus. Wagt ihn aber gleich wieder sinken: es lohnt sich nicht! Es lohnt sich nicht, Politik zu treiben, wenn man den Dingen so tief auf den Grund schaut und so illusionlos geworden ist wie der Graf Waldersee dieser letzten Befestigung. Er ist auch jetzt nur noch der politische Dilettant, der er immer war, in seinen Urteilen schwankend und von Zufallsereignissen bestimmbar. Dennoch hat dieser Dilettant gelegentlich überaus richtige Einsichten und bringt, seiner Umwelt und den herrschenden Modeströmungen zum Trotz, bis hart an die Grenzen der Wahrheit vor. Waldersee rät in Ostosen zum Zusammengehen mit dem England verbandelten Japan und warnt, schon im Frühjahr 1902, vor Differenzen mit England, die in Frankreich die Revanche wiederbelebten und, nach Rußland fortwirkend, traditionell gewordene Reibungen auslösen könnten. Dann, noch im September desselben Jahres, nachdem er inzwischen den Prinzen Heinrich zu den Krönungsfeierlichkeiten nach London begleitet hatte, muß er sich resigniert gefestigen, daß alle Warnungen in den Wind geredet waren. Die Kritik ist da, „daß der kein Sterblicher das Ende mit einiger Sicherheit absehen kann.“ Sollte es ernst werden, so haben wir von seiner Seite auf Hilfe zu rechnen; im Gegenteil, es werden sich alle freuen, wenn wir Rückschlüsse erleben. Leider ist der Schaden, den England uns zufügen kann, ein ganz gewaltiger. Wer trägt aber die Schuld, daß wir da ohne Anzeichen sein werden? Allein doch unsere Politik.“ Dieser Siebzigh-jährige hofft nichts mehr für sich, aber er täuscht sich auch nicht mehr. Der als höflicher Intrigant begann, endet in mitleidvoller, schier heiligerischer Märsch.

Durch die Alerstagenblätter des Grafen Waldersee geht eine reinere Luft als in den Aufzeichnungen aus den Jahren des Weidens und der Mannesreise. Der geschichtliche Quellenwert hat sich um deswillen nicht gemindert. Dieser dritte Band wird, vornehmlich in den Parteien, die von der ostasiatischen Expedition handeln, vielmehr ein Dokument bleiben für die Art, wie von Wilhelm II. auswärtige Politik getrieben worden ist: spielerisch, von erhabenen Gefühls-motivationen abhängig und darum schwankend und unpassig, selbstherrlich, doch die Kenntnis des Terrains und die Abhängigkeitsabhängigkeit für das Mögliche feilen, unbeherrschbar in jedem Augenblick. Dieses ganze Chinaabenteuer ist Wilhelms II. eigenstes Werk. Der alte Hohenlohe, der irgendwas aus seinen illustrierten Büchern nicht überhört nicht gefragt und ist nie gefragt worden. Bismarck, damals noch Staatssekretär im Auswärtigen Amt, hält sich in Rordernen, sein Unterstaatssekretär Nidthofen befindet gleichfalls im Urlaub. Aber die Filmpanatole des Kaisers ist mit den Dingen längst fertig. Der hat sich in den Kopf gesetzt, daß die Befehle samt und sonders erachtet sein müßten und die europäischen Nationen gemessermachen in einen neuen Kreuzzug unter deutscher Führung Feling erobern und die Chinesen abstrafen würden. Vorstellungen, daß es anders sein könnte, machen ihn „ganz traurig.“

Als dann kurz vor der Ausrüstung des Oberkommandos doch der nunmehr nicht anzweifelbare Nachtrag eintrifft, daß die Befehle noch leben, daß Feling genommen und der Kaiserhof gekostet ist, bedeutet das für Wilhelm II. eine „große Enttäuschung.“ Aber zu sehr hat er, zumal sein Verantwortlicher ihm bekennt, in seine späten Kreuzerideen sich eingelebt, als daß er sich und anderen noch halt zu gebieten vermöchte. Der Film muß weiterrollen. Für das „Weimarer Kabinett“ des Grafen Waldersee sind die Voraussetzungen freilich im Grund hinlänglich geworden. Frankreich und Amerika halten dem deutschen Oberkommando überhaupt nicht zugestimmt, der Zar, obgleich Wilhelm II. auch darüber schon „ganz glücklich“ gewesen war, nur zögernd und unter Bedingungen, die es inzwischen überflüssig machten. Auch die deutsche Politik hat, abgesehen von der Bestrafung der Chinesen, keinerlei bestimmte Ziele. Aber dem Kaiser, von dem Waldersee nicht ohne Notice annimmt, daß er „in gewagten Experimenten nicht weiche, wenn sie zur Tat werden sollen“, scheint die Gelegenheit günstig, ohne, wie er gemeint, gefährlichen Einfluß in der Weltpolitik eine Rolle zu spielen.“ Der Erdkreis soll schauen, was dieses Deutschland Wilhelms II. leisten kann. Bei der Ausrüstung des Expeditionskorps wird das Geld mit offenen Händen ausgestreut. Waldersee, der seine bestimmenden Einbrüche noch unter dem sparsamen Regiment des alten Kaisers empfing, wehet sich hierwollen verzweifelt. Es hilft alles nichts. Er erhält trotz seiner Ablehnung einen Armeelieutenanten, einen Kamerad, ein überreiches Personal für Oberkommando und Train. Die Koffer sind sozulagen gepackt. Saftig und gedankenlos gepackt, denn als man in Ostosen landen will, erweist sich, daß die dringlichsten und unendlich erforderlichen Ausrüstungsgegenstände tief unten in den Schiffsbüden schlummern. Immerhin: der Film muß abgerollt werden.

Preußen in China hat sich dann hernach gezeigt, daß das Unternehmen doch nicht ganz ohne Fährnis war. Wenn es dennoch glimpflich abläßt, zwar ohne Gewinn für Deutschland, doch auch

*) Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Grafen Alfred von Waldersee, Dritter Band, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin 1923.

ohne schädliche Schädigung, so hat — das dem Reichsbefehlenden auch noch im Falle zu berücksichtigen, wird ein Gebot der Gerechtigkeit sein — das Grauen über die besessenen Taten und seine Gewandtheit in der Menschenbehandlung daran sein geringes Teil gehabt. Sicher hat die Betrauung mit dem Oberkommando seiner Einheit geschmeichelt und auch in China erlief er noch Momente, wo er mit stolzer Behagen der (am Ende nur scheinbaren) Machtvolle sich freut. Aber je länger, je mehr beginnt er das Theatralische seiner Sendung zu empfinden und schon vom Anfang 1901 drängt er auf Friedensstillstand und Abberufung. Beim Kaiser ist demweil mit dem Willen der Appellat gekommen. Den hatten zunächst ganz vage Hoffnungen auf eine Aufstellung Chinas und legend eine traumhafte Handelsentwicklung geleitet. Hinterher ordneten diese Tötungen sich ihm zu dem Wunsch, Tschifu und womöglich ganz Schantung in Besitz zu nehmen. Aber Waldersee widersteht. Er sagt nicht etwa, kein, kein Wilhelm II. nicht offen auseinander, warum eine Okkupation des als neutral behandelten Gebietes von Schantung, Amerika, England und Japan uns zu Ungunsten machen und die ohnehin nur kleine Unmöglichkeit der Mächte vollends zerstören müßte. Aber er vertritt die Ansicht: „Ich weiß, daß man mit Zeitgewinn manches beim Kaiser erreichen kann, mit direktem Regieren nicht“. Und so, durch Kaiserin und Kaiserin, bringt er's denn auch glücklich dahin, daß im Februar aus Berlin der Befehl kommt, Tschifu nicht anzugreifen.

Waldersee hat dann auch noch später einmal einen, für die militärische Klasse und leider auch für diese Regierungskreise sehr charakteristischen Versuch unternommen, dem Kaiser seine Verlegenheiten auszuweisen. Der Feldmarschall hat heimkehrend in Japan Station gemacht und dort schnell erkannt, wie die Dinge auf einem neuen Weltengang mit Rußland hinstehen und wie es deutsche Interesse wäre im Verein mit England und Amerika Japan zu hüten und wenigstens diesmal neutral zu bleiben. Das demütigt sich in einem Bericht aus dem Juni 1902. Waldersee dem Kaiser vorführt. „Scheinbar belläufig heißt es dann am Schluß: „Die von Ostasien geträumte Zukunft der gelben Rasse hat wohl selbst im Falle des unterirdischen Rußlands in zu weiter Ferne, um in den Kreis politischer Betrachtungen gezogen zu werden“. So, indem er sie zu einem Trümbild der Ostasienspolitik führt mit seiner Handbewegung Alfred Waldersee die Unerschütterlichkeit des Kaisers, abtun. Mit dem Wagnis, der Selbstkritik und nachher unbedenklich die ausweichende Politik des deutschen Reiches verkündet, wie man sonst nur zu Rußland und China zu sprechen pflegt.

Ich will die Veruche in der gleichen Richtung sind, scheint's, nur Waldersee nicht mehr unternommen worden. Seit seiner Heimkehr hielt er den Fall wohl mehr aber weniger für hoffnungslos. Wäre die Lehre, nachdem der Graf Waldersee seine Befürchtungen seinem Tagebuch anvertraut, ist die Katastrophe, die er angedeutet kommen sah, erbarmungslos deutsche Wirklichkeit geworden. Die war gewiß nicht Wilhelms II. Schuld allein, aber auch sicher nicht, daß sie nicht möglich gewesen wäre ohne die militärische auswärtige Politik. Und nunmehr, scheint mir, nach den Befürchtungen Waldersee's und Colenbrosch's und den neuerlichen Berichten des Grafen Robert Redlich-Trüpfel, wird man die Uten über diesen Fall schließen können.

Die englische Sachverständigenkonferenz

Der der englischen Sachverständigenkonferenz in der Reparationsfrage vorgelegte Fragebogen hat nach dem „Evening Standard“ folgenden Wortlaut:

1. Welche Haltung soll der englische Vertreter in der Reparationskommission gegenüber den separatistischen Problemen einnehmen.
2. Welchen Einfluß auf die englische Lage wird die Verbesserung des Verkehrs unter dem französisch-belgischen Abkommen mit den Ruhrindustriellen haben? Welcher Anteil der Reingewinne wird England zuzulassen? Welche Haltung soll England bezüglich der künftigen Verkehrsverhältnisse, die demnach eintriften, einnehmen?
3. Welcher juristische Rat soll für John Bradburn erteilt werden bezgl. seiner Stellungnahme zu den einseitigen französisch und deutschen Anschuldigungen über die Berechnung der Kohlen der Ruhrabgabe? Welcher Teil der Vorschläge und der Sachleistungen durch Deutschland an Frankreich soll auf England entfallen?

Der Londoner Berichterstatter der „Vollständigen Zeitung“ bemerkt zu dieser angeblich offiziellen Mitteilung, sie läßt erkennen, daß es voreilig und leichtfertig sei, die englische Sachverständigenkonferenz als ein Mittel zu bezeichnen, um den Bruch zwischen England und Frankreich vorzubereiten. Immer wieder werde ihm von gut unterrichteter Seite berichtet, daß auf der englischen Seite noch wie vor der gute Wille bestehe, mit Frankreich zu einer Uebereinstimmung zu gelangen.

Französische Wünsche

Die französische Presse sprach gestern abend fast einstimmig den Wunsch aus, daß es in den Beratungen der Reparationskommission zu einem gemeinsamen Abkommen zwischen Frankreich, England und Belgien kommen möge, insbesondere über die drei folgenden Punkte: 1. Einigung über gemeinsame Maßnahmen zur Herabsetzung der gemeinsamen Interessen. 2. Gemeinsamer wirtschaftlicher Zukunftsplan zur Sicherung der beider Länder, besonders auch zur Abwehr gegen die zunehmende Gefahr der Inflation. 3. Gemeinsamer Zusammenstoß zum Schutz gegen die Gefahr der deutschen Inflation und Vorbereitung gemeinsamer Richtlinien zur Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Deutschland.

Der Leipziger Zwischenfall

[Berlin, 29. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Die Beratungen der Walschatterkonferenz über den Leipziger Zwischenfall sind auf heute verschoben worden. Der deutsche Gesandtschaftsrat Dr. H. G. H. hat, wie auch der belgische Delegierte, gestern eine Unterredung mit Cambrone, dem Vorsitzenden der Walschatterkonferenz. In Vorber diplomatischen Kreisen wird der „Vollständigen Zeitung“ zufolge der Vertrag über diese Angelegenheit seine große Bedeutung beigemessen.

Der Notenwechsel im Fall Graf

Die Reichsregierung veröffentlicht den Wortlaut eines Notenwechsels zwischen der deutschen und der belgischen Regierung in der Angelegenheit der Lösung des belgischen Beamtenstreiks in der belgischen Polizeibeamten Gmelowski. Bekanntlich wurden von der belgischen Regierung in Dülzburg fahrendes Material, das zur Belieferung an die deutsche Eisenbahnverwaltung bereit stand, zwangsweise beschlagnahmt, um sich auf diese Weise die für die Lösung des Beamtenstreiks erforderliche Entschädigungssumme von einer Million 200 000 Franken zu verschaffen. Das deutsche Auswärtige Amt erwartet eine endgültige Klärung der wirtsch. Uebelstände des Beamtenstreiks, die sich in Ostettin in Haft befinden, erst durch Gerichtsverhandlung. Es fordert nochmals, daß die ganze Angelegenheit einem unparteilichen Schiedsgericht unterbreitet wird, zumal beide in Frage stehende Fälle auf die gleichen Motive zurückzuführen seien und schon deshalb keine verschiedene Beurteilung zuließen.

München, 29. Nov. Der Vertreter Italiens in Bayern hat dem Münchener Stadtdirektorium 100 Millionen Mark zur Finanzierung der Roten armer Münchener Kinder zur Verfügung gestellt.

Die Zahl der aktiven Generale in Polen ist erstaunlich hoch. Man hat jetzt festgestellt, daß nicht weniger als 90 Generale jetzt im Dienst sind, davon 2 Generalsubdivisions, 20 Divisionen und 74 Brigadengenerale. In den nächsten Tagen sollen noch polnische Blättermeldungen außerordentlich noch 18 Militärs neu zu Generalen befördert werden.

Bulgatisch-jugoslawisches Abkommen. Am Montag sind von den bevollmächtigten Vertretern des Königsreichs Bulgarien und Jugoslawien im Außenministerium drei Abkommen unterzeichnet worden, und zwar ein Rechtshilfeabkommen und ein Abkommen über gegenseitige Hilfe in der Gesundheitspflege. Gleichzeitig wurde ein Abkommen unterzeichnet, wonach Jugoslawien 500 000 Mark als Entschädigung für Requisitionen und Beschlagnahmungen während des Krieges erhalten soll.

Die Separatisten-„Regierung“ dankt ab

Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ erfahren, hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik in einem an den Oberkommissar Thord gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der Generalvollmachtshaber teilt den Vorstehern der Rheinischen Republik mit, daß in den letzten Tagen bereits drei Mitglieder der Regierung ausgetreten seien, nachdem es sich schon vor etwa vierzehn Tagen in zwei Teile gespalten hat, von denen jeder für sich Kabinettabteilungen hatte. Aus der sogenannten, inwieweit durch das Kabinett aufgelöst obersten Regierung hat sich eine Militärkommission herausgebildet, wobei ein Sekretär namens Rosenbaum die Hauptrolle spielt. Bescheidend ist das offene Einverständnis am Schluß des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand maßgebend, daß die bisherige vorläufige Regierung teils aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengesetzt gewesen sei.

Diese Regierung war, wie erinnerlich, von den Franzosen selbst in Köln installiert worden. Nun lassen ihnen die eigenen Schicksale davon!

Matthes gestürzt!

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ von gut unterrichteter Seite erzählt, ist die separatistische Regierung Matthes gestürzt worden. An ihre Stelle setzte sich ein Diktator namens Helmut Erz. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet sein.

[Berlin, 29. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Die Vertreter des belgischen Reiches waren gestern noch in Berlin und nahmen, wenn nicht bei den Demokraten und Deutscher Volkspartei an den Verhandlungen teil.

Die Lage in der Pfalz Ein Treuebekenntnis der Pfalz

Vertreter der pfälzischen Bevölkerung aus allen Parteien und Ständen, die am 24. November 1923 am Rande des belagerten Gebietes zusammentraten, haben nach eingehender Erörterung der gegenwärtigen politischen Lage in der Pfalz folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Die Bevölkerung der Pfalz ist sich einig in dem festen Willen, jede staatsrechtliche Veränderung in dem historisch gewordenen Rechtsverhältnis der Pfalz an Bayern und Reich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Frankreich kann wohl die Pfalz durch gewaltsame, fremde Elemente vom Reich und von Bayern losreißen, niemals aber wird ein solches Staatsverbrechen von der gesamten Bevölkerung der Pfalz als rechtmäßig anerkannt werden.

Eine separatistische „Größe“

Ein typischer Fall für die Qualitäten, die die Größe der Separatisten aufzuweisen haben, liegt, wie überall, auch im separatistischen Lager in Ludwigsbach vor. Dort hat im Hauptpostamt ein Vertreter namens Schwab, um die Kontrolle auszuüben. Er war früher Postfachhelfer in Ludwigsbach und Mainz, wo er wegen Fälschung von Postanweisungen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und aus dem Dienst entlassen wurde. Dann machte er wieder in Ludwigsbach als Schuhmacher auf und betätigte sich bei seiner jetzigen Tätigkeit als Postfachhelfer in Ludwigsbach als sehr erfolgreich, wofür er eine Auszeichnung von zwei Jahren erhielt. Welch ein vertrauenswürdiges Mann!

Die neue Steuernotverordnung

Der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beriet den vom Reichsfinanzminister zur Begünstigung überänderten Entwurf einer Steuernotverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Der Entwurf lehnt in seinen Bestimmungen über die Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer und Kapitalertragssteuer im allgemeinen an diejenigen des Entwurfes eines Gesetzes über die wertbeständige Steuer. Die Besteuerung des Einkommens ist an die Einkommensteuer des Jahres 1924 anknüpfend und wird ferner am 1. Januar 1924 das Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, man sei bei der Aufstellung des Entwurfes davon ausgegangen, daß im Laufe des Jahres die Währung stabilisiert sei und ab 1. Januar eine Goldmarkrechnung durchgeführt werden könne. Erforderlich sei eine schließliche Verbindung der Besteuerung damit noch für Dezember mit dem Einkommen und Einkommen, namentlich aus der Umsatzsteuer und aus der Rhein- und Ruhrabgabe gerechnet werden könne. Weiter führt der Redner u. a. aus: Da die Durchführung der bisherigen Vorschriften an der Unmöglichkeit scheitert, das Einkommen des Jahres 1923 zuverlässig zu ermitteln, schlägt der Entwurf vor, von der Veranlagung des Einkommens im Jahre 1923 sowohl für die Einkommen als auch für die Körperschaftsteuer ganz abzusehen und erst wieder das Einkommen des Jahres 1924 im Jahre 1925 zu veranlagern. Es wird vorgeschlagen, die Einkommensteuer für 1923 mit den für 1923 zu leistenden Vorauszahlungen als abgegolten anzusehen, nachdem am 15. Dezember 1923 nach einer Vorauszahlung anstelle derjenigen am 5. Januar 1924 für 1923 erhoben worden ist und zwar für je 1000 Mark Jahressteuerschuld 25 Goldmark.

Die dritte Rate der Rhein- und Ruhrabgabe, die an sich am 5. Januar 1924 fällig ist, soll zur Hälfte bereits am 15. Dez. in Höhe der doppelten auf diesem Tage fälligen letzten Einkommensteuervorauszahlung entrichtet werden. In der Abgeltung der Steuern für 1923 ist der zweite wichtige Punkt die Bemessung der für 1924 auf das Einkommensjahr 1924 zu leistenden Vorauszahlungen, für die verschiedene in dem Entwurf in fünf Gruppen eingeteilten Einkommensarten werden daher verschiedene Vorauszahlungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Gleichzeitig mit der Entziehung des Vorauszahlungsbetrages ist eine kurze Voranmeldung über Einkommen und Ausgaben einzureichen. Die Einkommen und Ausgaben und der Verbrauch sind in Goldmark zu berechnen. Vorauszahlungsbeträge bis zu 5 Goldmark bei der Landwirtschaft und im übrigen je 10 M. soll nicht erhoben werden. Zum Schluß freilich der Vertreter noch die hochschätzte Mezzansteuer, die von dem Grundbesitz ausgeht, anstelle der ausgelassenen Hypothekenzinsen der öffentlichen Hand zu sehen. Hierüber seien jedoch die Beratungen noch im Gange.

An die Ausführungen des Regierungsvertreters schloß sich eine kurze Generalsprache. Der Ausschuss übernahm die weitere Beratung des Entwurfes über die Herabsetzung des Finanzangehörigen eines besonderen Arbeitsausschusses. Die beiden Ausschüsse sollen nach dieser Woche ihre Arbeiten erledigen.

Die Goldgehälter der Beamten

In den getriggen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Beamtenorganisationen teilte Ministerialdirektor v. Schöden der Regierungsvorsicht für die Beamtengehälter mit. Diese seien nicht, wie die Regelung für die Arbeiter eine Gliederung in drei Zonen vor, sondern lehnen sich an die Arbeiterlöhne für die mittlere Zone an. Es erhalten nach einer Aufstellung der DWS, der die Gewähr für die Richtigkeit dieser Aufstellung überlassen werden muß, an Grundgehältern: Gruppe 1 47.50 M., 2 52.50 M., 3 58 M., 4 67 M., 5 78.50 M., 6 93.50 M., 7 115 M., 8 145 M., 9 157.50 M., 10 187.50 M., 11 217 M., 12 255 M. und Gruppe 13 312.50 M. Der Ortszuschlag wird sich für Ortsklasse A auf 10 bis 25, die Frauensätze auf 7 M. monatlich, die Kinderzulage auf 32 M. im Jahre stellen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Abfahrszahlungen an die Beamten

Am 31. November werden an die Beamten als Abfahrszahlung auf die noch endgültig festzustehenden Goldgehälter die 50 Millionen-Mark Bezüge, die für 14 Tage fällig sind, ausbezahlt werden. Hieran sollen 70 Proz. wertbeständig zur Auszahlung kommen.

[Berlin, 29. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Die Reichsregierung hat aufgrund des Paragraphen 63 des V. G. B. ihre Verträge mit den Krankenversicherungen freilich nicht erfüllt. Als wichtigsten Grund geben die Vertreter der Regierung die Verweigerung der Krankenkassen über die Krankenkassen der Krankenkassen an. Bei der Entscheidung der Regierung tritt am 1. Dezember der vertragliche Zustand gegenüber den Krankenkassen ein.

Unterrichtsministerium und badische Lehrerschaft

Zu diesem, in den letzten Tagen wiederholt erörterten Thema erhalten wir noch folgende Aufsätze:

Am 27. November 1923, 27. November 1923. Eine Aufschrift des Unterrichtsministeriums und im Anschluß daran eine Erwiderung aus Lehrkreisen. Es könnte der Eindruck entstehen, als ob in dieser Hinsicht die badische Lehrerschaft sich nicht an dem Streit beteiligen würde. In dem Wert darauf, zu betonen, daß die badische Lehrerschaft sich nicht an dem Streit beteiligen würde. Seit Jahren kommt in den Kreisen der badischen Lehrerschaft nur eine gewisse Richtung zum Vorschein. Der Herr Dr. Heilmann hat mit Unrecht behauptet, daß sie sich durch „fälschenden Radikalismus“ auszeichne. Auch Herr Dr. Kriebel hat dies behauptet. Die ihn bedauernd als Führer anerkennen. Auch deshalb darf er nicht ohne weiteres „im Namen der gesamten Lehrerschaft“ sprechen. Wenn er am Schluß seiner Ausführungen sagt: „Wenn das deutsche Volk abermals seiner Schule überdrüssig werden sollte, dann: Fort damit!“ — so schüttelt er da wohl das Kind mit dem Bade aus. Es lohnt immer noch, über die Entwicklung der Lehrerschaft der Reichsregierung zu unterhalten, auch wenn die Lehrerschaft ihre Aufgabenstellung nach den unabweislichen Forderungen der „unheimlichen Theorien“, die im Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins den Ton ansetzen haben, nicht auflassen.

Der Artikel, der die Auseinandersetzungen veranlaßt, behauptet, der Beamte sei heute „Büroer minderen Rechts“, da die Vertreter der Organisations- und Gewerkschaften ihre „Wünsche und Hoffnungen“ als „Bittsteller“ vorzutragen, ohne zu einer „geordneten Vertretung“ auszuweisen zu werden. Wie denkt man sich denn eine „geordnete Vertretung“? Herr Dr. Kriebel meint in seiner Entgegnung, die Lehrerschaft habe dem Ministerium zwei Entwürfe „abgeben“ auf den Tisch gelegt, und macht diesem den Vorwurf, es habe daraufhin „nichts getan“. Wird durch diese Ausdrucksweise nicht die Unzufriedenheit, als verlange die Lehrerschaft die Bestimmung im Sinne des Artikels, als habe sie es für ihre Sache, die Lehrentwicklungen auszuweisen. Wie kann man eine Antwort als „abgegeben“ bezeichnen, den eine interessierte Berufsvertretung zum ersten Male vorlegt? Sieht das nicht aus, als betrachte man sich als alle in die Hände der Wahrheit, dem nicht widerstreben wollen darf, der Gewerkschaft nicht allein ist? Den kleinen Kollegen gegenüber hat man sich ebenfalls zu benehmen. In der Lehrerschaft kamen 1. M. Vertreter einer mehr sachlich orientierten Richtung überhaupt nicht zum Wort, oder man brachte ihre Ausführungen gekürzt und nach langen Verzögerungen. Es steht aber hinter dem Lehrplankommissionen genau so wie hinter den Lehrplankommissionen der badischen Schulverwaltung durchaus nicht die gesamte Lehrerschaft, sondern lediglich eine amare sehr rührige und selbstbewußte, aber nicht sehr zahlreiche Minderheit.

Die vielbesprochene Denkschrift über die Lehrerbildung ist wohl auch nicht so schlimm, wie sie gemacht wird. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse machen es heute einfach unmöglich, unsere Volksschüler durch Akademiker unterrichten zu lassen, also die Volksschulen mehr zu tun, als alle übrigen Schüler der Erde. Die Lehrerschaft in Baden, von den notenbinderweise höherem Gehältern, würde eine nach so arbeitsamen willensschwache und produktlose Durchbildung der Lehrer nicht zur Geltung kommen, aber andererseits Verbesserung der Klassen, Verbesserung der Lehrmittel und Verbesserung der Unterrichtsverhältnisse. In allen diesen Punkten ist aber eine Verwirklichung zu erwarten und damit ein Abbau des Unterrichts, ein Zurückgehen in primitivere Formen. Unter den heutigen Verhältnissen ist ein Ueber-Unterricht, auch wenn es vorübergehend ist, und ein solcher Wille für den Lehrer mehr wert als Vorlesungen über philosophische Theorien. Er kommt mit den arden Klassen, bei dem immer stärker hervortretenden Mangel an Lehr- und Lehrmittel nicht zurecht, wenn er scharfe Disziplin zu halten verliert. Damit aber er unter verwerflichen Umständen gerade das mit auf dem Bewusstsein, was sie am notendürftigsten braucht. Sinn für Ordnung und Disziplin.

Die Denkschrift wäre es besser, diese Seite der Erzieherarbeit mehr zu betonen, anstatt unerreichbaren Phantasmen nachzugehen. Die Volksschule, die wirtschaftlich und politisch notwendig ist, kann nicht für die Ueberforderung mehr ausgeben als in den Reimen, da es reich war. Es muß froh sein, wenn es nicht wirtschaftlich und moralisch vollkommen unzulänglich ist, sein Leben durch die Weiterbildung, bis bessere Zeiten kommen. Das wird uns nur einleuchten, wenn wir alle Kräfte aufbieten, um die Lehrerschaft zu unterstützen, wenn ihre Tätigkeit etwas anders ausfällt, als man erwartet hätte. Inwieweit von Seiten der Reichsregierung wird wohl jeder Minister etwas erkennen. Da er sie befehlen kann, hängt wesentlich von Faktoren ab, die nicht in den Problemen selbst liegen. In jedem Fall aber bietet die Entscheidung durch einen verantwortlichen Leiter immer noch die größte Gewähr für sachliche Richtigkeit, und doch bei „Beratungen“ und „Vorschlägen“ der Lehrerschaft nichts herauskommt, haben wir noch gerade schon oft genug erfahren.

Marshall, Fortbildungsschullehrer

Aus dem Landtag

Am Mittwoch mittag trat im Landtagsgebäude der badische Reichstag in einer Sitzung zusammen. Die Beratungen waren vertraulicher Natur.

Die im Auftrag des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags von dem Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner ausgearbeiteten Denkschriften über den Ausgleich der Zuständigkeiten zwischen Ländern und Reich ist jetzt im Druck erschienen. Die Denkschrift gibt in ihrem ersten Teil eine geschichtliche Darstellung der Fragen, im zweiten Teil eine Darstellung der badischen Verfassung, worauf die Einzelgebiete der Finanzen, der Post und Eisenbahn besprochen und schließlich zur Frage des Reichsministeriums Stellung genommen wird.

Personalaufbau im Justizdienst

Zwischen wird mitteilt: Die Rotarier Ludenburg, die am 1. d. M. und Altheim sind aufgehoben worden. Geschäfte gehen an Nachbarn über. Außerdem sind bei mehr als einem Rotarier befristete Rotarier Wöll, Durich, Gering, Freilburg, Gernsbach, Karlsruhe, Neustadt i. Sch., Altheim und Tauberbischofsheim Rotarierstellen einzuziehen worden. Weiterer Aufbau im Rotariatsdienst steht bevor.

Neue Landesverordnungen. Die ein- und zweifache Wollwolle, sind in der bayerischen Angelegenheit des Landesverordnungs- und Handelspläne neue Verordnungen angenommen worden. Es handelt sich meist um junge Leute, die seit Jahren keiner rechtlichen Ausbildung nachgeben, aber ständig über reichliche Fremdenarbeiten und diese in Wirtschaften und Koffees mit ihrem Fremdenarbeiten verurteilen.

Letzte Meldungen

Stuttgart, 29. Nov. Als sich auf dem Gasshüttenwerk gestern abend mehrere hundert Personen mit Schiffschrauben verunglückten, waren plötzlich 15 Personen ein. Die meisten konnten gerettet, aber vier Männer und zwei junge Mädchen im Alter von 15 bis 20 Jahren erlitten.

[Berlin, 29. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) In Berlin ist dieser Tage ein Separatist (sich nicht) worden an einer in Polen gegeritten 60 Jahre alten Köcherin, die sich seit einigen Tagen unangemeldet in Berlin aufhält.

Der Volkskommissar für das Gesundheitswesen, Semaschko, erklärt in der „Alteina“ einen Aufruf an die russischen Arbeiter zur Unterstützung für die deutschen Kollegen und weist auf die fernerseitige Tätigkeit des deutschen Roten Kreuzes hin, die sehr konstant verläuft.

Der Kampf gegen zu hohe Warengrundpreise

Eine Aeußerung des badiſchen Miniſteriums des Innern

Ein Artikel, der der „Karlsruh. Ztg.“ aus dem Miniſterium des Innern ausgeht, ist beſchäftigt ſich eingehender mit dem aktuellen Kapitel „Arbeitslohn und Warenpreis“.

Auch die Privatindustrie iſt mit zu hohen Verzehrungskosten und Lebenspreisen beſchäftigt, weswegen eine Senkung verſucht wird. Die Art und Weiſe aber, wie man dabei vorgeht, ſieht bei den Beſtelligen um demſelben auf einen Widerſtand weil ſie allein Opfer bringen ſollen.

Das Reichswirtschaftsministerium hat ſchließlich mit ſeiner Verordnung vom 2. November gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Maßnahmen eine Grundlage für die Bekämpfung geſchaffen.

Das Reichswirtschaftsministerium hat ſchließlich mit ſeiner Verordnung vom 2. November gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Maßnahmen eine Grundlage für die Bekämpfung geſchaffen.

Alle Staatsbürger, gleichviel in welcher ſozialen Stellung ſie ſich befinden, müſſen ſich umſtellen, wenn nicht ihren Tadel der moralischen und moralischen Gefundungsprojekts zu ihrer neuen Moralſtröpfung für das deutſche Volk werden ſoll.

Märchen und Wirklichkeit

Professor Dr. Abel hat ein Buch erſchienen laſſen, betitelt „Die vorweltlichen Tiere in Märchen, Sage und Überlieferung“.

Ein beſonders intereſſantes Kapitel iſt den Drachen und Unwürmern gewidmet. In Deutſchland hat die Drachengeſchichte ſehr frühzeitig eine eigenartige Ausgeſtaltung erfahren.

Nach der Anſicht des Verfaſſers haben derartige Fabeltiere niemals eriſtiert. Mag auch die Märchen- und Sagenwelt die aller Länder und aller Zeiten von ihnen förmlich wimmeln.

Es müßte in einer Zeit, da nicht allein der müde, in eine Höhle einbringende Jäger, ſondern auch der mißgünstige Betrachter nach an Fabelwesen und Unholde glaubte, die Entdeckung ſolcher Reize vorweltlicher Reſervierte der Sagenwelt wiederholt neue Wahrungen zuführen und die Vorſtellung von Unwürmern ſchließen, die in Höhlen und Felskavitten hausten — und haufen.

Jedem Menſchen im Staat für ſeine Arbeit die zum Leben erforderlichen Exiſtenzmittel gegeben werden. Wenn jeder Unternehmer die Kalkulationen für ſeine Produkte ohne Inanspruchnahme übermäßiger Gewinne einrichtet, dann muß es möglich ſein, zu einem Abbau der Grundpreise zu kommen.

Staatspräsident Dr. Köhler über Arbeitslohn und Lebensmittelerzeugung

Bei der in Konſtanz zu Beginn dieſer Woche abgehaltenen Beſprechung, die, wie gemeldet, Staatspräsident Dr. Köhler mit Vertretern aller ſchaffenden Stände über die politiſche und wirtſchaftliche Lage hatte, vertrat ſich der Staatspräsident auch über die Arbeitslohn- und die Produktionsſteigerung und ſührte dazu folgendes aus:

Im Vordergrund der Debatte zur Wirtschaftſtärkung ſtehen die beiden Worte Arbeitslohn und Produktionsſteigerung. Die erſtere Frage kann nur auf dem Wege verſtändnisvoller Verhandlungen, nicht durch Diktat geſetzt werden.

Was die Lebensmittelerzeugung anbetrifft, ſo hat die badiſche Regierung durch Schaffung von Aktien für den Koffein geſorgt. Sorge macht dagegen die lautiende Sicherſtellung der Ernährung. Weſentlich zu dieſem Zweck iſt die badiſche Goldanleihe geſchaffen worden, aber auch hier wurde die Erfahrung gemacht, daß Spekulationsgeſchäfte auf dem Rücken des Staates gemacht wurden.

Scharfe Maßnahmen in Bayern

In einer vom Generalſtaatskommiſſor erlaſſenen Warnung wird unter anderem geſagt, daß die allgemein angelegten Grund- und Geldpreise für Waren und Leiſtungen dieſer zu hoch ſind, daß ſie in der Regel weder durch die Rohſtoffenherſtellung noch durch die Geldentwertung gerechtfertigt ſind, und daß bei wertbeſtändigem Zahlung die ſogenannten Kalkulationen keinen Ueberſchuß vorſtellen.

Eine Kundgebung des Wehrkreiskommandos im Freistaat Sachsen und der Provinz Sachsen

Das Wehrkreiskommando IV im Freistaat Sachsen und der Provinz Sachsen hat eine Kundgebung an die Bevölkerung erlaſſen, worin es beſonders den Einzelhandel vor überhöhten Preisſteigerungen der notwendigen Lebensmittel durch höherrechnen der Goldpreise warnt.

Gesetz und Recht

Grundbesitzsteuerfreiheit bei Rückübertragung des Eigentums an den ursprünglichen Eigentümer oder dessen allgemeinen Rechtsnachfolger

Ein ſteuerfreier Rückwerb des Eigentums im Sinne des § 23 Abf. 1a Nr. 3 des Grundbesitzsteuergesetzes liegt dann vor, wenn er durch den Veräußerer ſelbſt, als auch dann, wenn er durch ſeine Erben vorgenommen wird. Den Vorſchriften des § 23 liegt der Gedanke zugrunde, daß, wenn unter den angegebenen Vorausſetzungen die früheren Rechtsverhältnisse wiederhergeſtellt werden, auch vom ſteuerrechtlichen Standpunkt aus die Sachlage ſo beurteilt werden ſoll, als wäre eine Rechtsveränderung niemals eingetreten.

Für die Uebereignungen A.—B. und C.—H. kann alſo keinesfalls Steuerfreiheit beansprucht werden, ſondern nicht ein beſonderer Veräußerungsgrund Platz greift. Dies würde auch dann gelten, wenn die Uebereignung von B. an C. ſteuerfrei wäre, wenn z. B. B. das Grundstück ſeinem Sohne E. verkauft (§ 8 Nr. 4 des Grundbesitzsteuergesetzes) oder einem Nichtangehörigen C. geſchenkt hätte (§ 8 Nr. 1 des Grundbesitzsteuergesetzes).

Städtische Nachrichten

Angestellten-Versicherung

Mit Wirkung vom 26. November ſind für die Gehaltsklassen 44 bis 50 folgende Beiträge feſtgeſetzt:

Table with 4 columns: Klasse, Monatl. Beitrag bis 25 Millionen, Monatl. Beitrag 1.600 Millionen bis 2.000 Millionen, Monatl. Beitrag über 2.000 Millionen.

Zur Entrichtung der Beiträge werden die bisherigen Markten der Klassen 44 bis 50 verwendet; der ausgedr. Geldwert wird aber mit Wirkung vom 26. November 1923 verbuchten Kaufkraft.

Beitragsmarken in den bisherigen Werten werden nunmehr von den Verkaufsstellen nicht mehr abgegeben. Vorausſetzung für die Verſicherungspflicht iſt mit Wirkung vom 1. November 1923, daß der Jahresarbeitsverdienst im unbefreien Gebiet 1200 Millionen Mark, im alt- und neubefreiten Gebiet und in dem Gebiet, in dem beſondere Vorſchriften für die Erwerbsloſenſicherung geſellen, — hierzu geſetzt auch Rannheim, — 1600 Millionen Mark nicht überſteigt.

Für Angeſtellte, die inſolge der Erhöhung der für die Verſicherungspflicht maßgebenden Einkommensgrenze vom 1. 11. 1923 ab neu verſichert werden müſſen, beſteht in gewiſſem Umfang die Möglichkeit zur Befreiung von der Verſicherungspflicht. Anträge dieſer Art ſind bis zum 1. 5. 1924 bei der Reichsverſicherungskommiſſion in Berlin-Wilmersdorf einzureichen.

Die Lebenshaltungskosten in Baden und im Reich

Die Landesindexziffer für Lebenshaltungskosten (mit Bekleidung), ſtell ſich nach den Berechnungen des ſtatistischen Landesamtes v. 26. November auf 1468,0 Milliarden (1913/14 = 1). Die Steigerung der Lebenshaltungskosten mit Bekleidung gegenüber der Vormode (839,3 Milliarden) beträgt ſomit 74,9 Proz. Ohne Bekleidung ſtell ſich die Indexziffer auf 1299,1 Milliarden. Die Steigerung gegen die Vormode beträgt 74,7 Prozent.

Die Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten beſtaht ſich nach den Feſtellungen des ſtatistischen Reichsamtes für Montag, 26. 11. auf das 1335 Milliardenhöhe der Vormodezeit. Die Steigerung gegenüber der Vormode beträgt 84,7 Prozent.

Rabattgewährung

Das Wehrkreiskommando V hat die Gewährung eines angemessenen Rabatts bei Bezahlung mit wertbeſtändigen Zahlungsmitteln für zuläſſig erklärt. Auf keinen Fall darf jedoch dem wirtſchaftlich Schwachen, der nur im Beſitz von Papiergeld iſt, der Einkauf unmöglich gemacht werden.

Nach längeren Verhandlungen zwiſchen der Stuttgarter Regierung und der ſtädtiſchen Preiſenprüfungsſtelle wurde

Die Drachenhöhle am Drachenfels bei Königswinter am Rhein, in der Erſchied den Lindwürmern erſchlagen haben ſoll, recht wahrſcheinlich wie die meiſten dergleichen Bezeichnungen auf den Fund von eozänen Höhlenbewohnern an dieſer Stelle zurück, der mit der abgemauerten Siegelhöhle in der bekannten Form verknüpft und verbunden wurde.

Ein beſonders bemerkenswertes Beiſpiel für die vorerwähnte wiſſenſchaftliche Erklärung läßt ſich aus Klagenfurt berichten. Dort ſteht ein im Jahre 1890 von einem unbekanntem Steinmetz gefertigtes Denkmal eines rieſigen Lindwürms, der von einem Rieſen mit einer Keule beſtämt wird. Dieſer Lindwurm iſt, wie die Chroniken melden, um die Mitte des 16. Jahrhunderts im Jollſelbe gefunden worden, und der Fundort führt heute noch den Namen „Drachengrube“.

Als der Klagenfurter Künſtler ſein Denkmal ſchuf, hatte er für den Körper, den er dem Rieſenkopf anſchließen mußte, bildliche Vorlagen in einem Mittelalter außerordentlich weit verbreiteten „Schlangenbuch“ von Gerner. Hier wie auch in anderen Werken dieſer Art ſind die Drachen ſo abgeſchildert, wie ſie ſich in der Phantasie des Mittelalters allmählich entwickelt hatten.

Heidelberger Stadttheater

Kammerſpiel: C. Sternheim „Die Hofe“

Die Freilichtſtelle des Carl Sternheim, hier nicht die Frucht eines plötzlichen Einfall, wird politiſch empfunden, weil ſie immer nur da vornehmlich erſchint, wo Konenweil zur Geduldsprobe wird. Dieſe Freilichtſtelle iſt die Hofe, doch ein ſich ſtändig erſcheinender oder auf erdacht Einfall aus der Atmosphäre einer erſtlichen Komödie in die Stadtluft der lächerlichen Unappetitlichkeit entleert.

Derden Hilfsmitteln eines — ſtrengen Bekleidungsgegenſtandes; den die hübsche Frau des Subalternbeamten Waſke auf öffentlicher Straße verloren hat. Würde dieſer Vorfall nur Ausgangspunkt der Handlung, ich wüßte nicht, welche Bedenken, ihn fruchtbar zu machen, man haben ſollte.

Anſtatt der Kraußführung hat die Senjur eine Umbenennung des Stückes verlangt; es heißt damals „Der Waſke“, und dieſer Titel würde für die Komödie, die hätte werden können, ausgeſprochen gepoht haben. Theobald Waſke iſt taſächlich ein Waſke, ein Raſador der philiſtröhen Kleinbürgerlichkeit, geſehen von dem unerbittlich ſcharfen Auge des ſeiner eigenen Philoſophierfähigkeit entlaſtenen Verhörmers Sternheim.

Die Freilichtſtelle des Carl Sternheim, hier nicht die Frucht eines plötzlichen Einfall, wird politiſch empfunden, weil ſie immer nur da vornehmlich erſchint, wo Konenweil zur Geduldsprobe wird. Dieſe Freilichtſtelle iſt die Hofe, doch ein ſich ſtändig erſcheinender oder auf erdacht Einfall aus der Atmosphäre einer erſtlichen Komödie in die Stadtluft der lächerlichen Unappetitlichkeit entleert.

bestehen, mit sofortiger Wirkung bei Hergabe wertbeständiger Zahlungsmittel 10 Proz. Nachschuß auf die Goldpreise für Reich und Württemberg zu gewähren. Dieser Beschluß ist in erster Linie auf die Stellungnahme der Vereinten württ. Arbeitgeberverbände zurückzuführen, die dieser Tage in der Presse ihre Ansicht in der Frage der Robottengewährung u. a. in folgender Weise zum Ausdruck brachte: „Wo ein Entwertungsausgleich einfallt, kann dieser nur dann berechtigt sein, wenn der Käufer in entwertendem Papiergeld zahlt. Zahl der Käufer in wertbeständigem Geld, so entfällt die Voraussetzung für den Entwertungsausgleich, er muß also in Metall kommen, d. h. in Form eines Rabatts in Abzug gebracht werden. Dieser Entschluß wird auch die Viehhändler nicht verschonen, auch sie werden bei wertbeständiger Zahlung andere Preise berechnen als wenn sie Papiergeld erhalten. Ebenso liegt der Fall in allen Kreisen des Handels und der Industrie, wo doch unter den heutigen Verhältnissen die Preisfrage nicht zuletzt eine Frage der Zahlungsbedingungen ist und die Zahlung in wertbeständigem Geld überall in weitem Umfang berücksichtigt wird. Wir hoffen im übrigen, daß sich die Reichsregierung von der Berechnung unferer Verhältnisse selbst überzeugt und daß die Industrie nicht — gegen ihren Willen — zu den ihr notwendig erscheinenden Mitteln greifen muß, um im Interesse der Arbeitnehmer für ihr berechtigtes Verlangen durchzugehen. Sofern die Wehrer sich nicht entschließen können, ihren bisherigen Standpunkt zu ändern und bei wertbeständiger Zahlung Rabatt zu geben, wie dies schon in den meisten Handelsbeziehungen erfreulicherweise der Fall ist, werden Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen zunächst einmal dafür sorgen, daß die Arbeitnehmer der württ. Industrie ihr wertbeständiges Geld an den Stellen anbringen, die die wertbeständigen Zahlungsmittel entsprechend zu schätzen wissen. Es ist, wie wir zum Schluß noch bemerken möchten, selbstverständlich, daß sich unsere Ausführungen nicht allein auf die Wehrer beziehen, sondern auch auf alle andere Geschäftszweige beziehen.“ Nach unseren Informationen sind auch in Mannheim Wehrer zur Robottengewährung bei Zahlung mit wertbeständigem Geld übergegangen. Der Vorstand der Reichsregierung hat sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt.

Der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer Stuttgart hat sich, offenbar unter dem Eindruck der vorstehend mitgeteilten Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes, in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit der Robottengewährung im Einzelhandel bei Zahlung mit wertbeständigem Zahlungsmittel beschäftigt. Da die Bedenken der Händler mit Ausnahme der Rentnermarkt befreit sind, steht nach Rücksicht des Ausschusses der Robottengewährung nichts mehr im Wege. Um Ungeheures zu vermeiden, erscheint es dringend erwünscht, daß die Einzelhandelspreise einheitlich, namentlich hinsichtlich der Höhe des Rabatts, vorgehen. Der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer hat einstimmig beschlossen, bei Zahlung mit dem im Reich und im Land im Umlauf befindlichen wertbeständigen Zahlungsmittel der Kaufkraft einen Rabatt von 10 Prozent zu gewähren.

Entschädigung von Besatzungsschäden. Die Handelskammer Mannheim macht darauf aufmerksam, daß die nicht nach dem Okkupationsordnungsgesetz entschädigungsberechtigten Besatzungsschäden, soweit sie im Oktober entstanden sind, bis spätestens 30. November bei der zuständigen Feststellungsbehörde angemeldet werden müssen. Spätere Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Militärrenten für Dezember. Als vorläufige Rentenzahlung werden seit gestern an den Postanstalten die 100 Millionenfachen Grundbeträge (siehe Rentenzettel) zur Auszahlung gebracht. Die Postämter sind angewiesen, 50% des Betrages in wertbeständigem Zahlungsmittel zu bezahlen. Diejenigen Rentenempfänger, die es möglich machen können, werden gebeten, ihre Beträge erst von heute ab bis einschließlich 3. Dezember in Empfang zu nehmen, damit die Schalter an den ersten Weihnachtstagen etwas entlastet werden.

Wettläufe für Sachbezüge. Die Wettläufe für die bei der Arbeiter- und Angestellten-Versicherung anzurechnenden Sachbezüge betragen für die Woche vom 26. November bis 4. Dezember 1923 (Grundbezüge mal Wechselsatz der Vormode): 1. Frühstück täglich (0,10 mal 831 Rd.) 83 100 Rd., 2. Frühstück täglich (0,15 mal 831 Rd.) 124 650 Rd., Mittagessen täglich (0,50 mal 831 Rd.) 415 500 Rd., Vesperrot täglich (0,10 mal 831 Rd.) 83 100 Rd., Abendessen täglich (0,20 mal 831 Rd.) 166 200 Rd., Gesamtwert der Logisrate (1,05 mal 831 Rd.) 872 850 Rd., Wohnung, Beleuchtung und Heizung (0,25 mal 831 Rd.) 207 750 Rd.

22 185 Friedenspläne. Auf das Preisaus Schreiben des amerikanischen Friedensfreundes Edward B. Hof, der einen Preis von 100 000 Dollar für den besten praktisch durchführbaren Plan aussetzte, nach dem die Vereinigten Staaten mit den anderen Völkern zur Erlangung des Weltfriedens zusammenarbeiten können, sind 22 185 Friedenspläne eingegangen. Sie kamen aus 19 Ländern von allen Teilen der Welt, von Mitgliedern der meisten kriegführenden Staaten, aber auch aus Island, Bolivien und China. Viele sind umfangreiche Manuskripte, andere kurze Telegramme; einige Bewerber tabellieren nur die Grundzüge ihres Entwurfes. Das Preisrichterkollegium, dem hervorragende Staatsmänner und Gelehrte, wie Gita Root und Edward R. House angehören, ist schon seit einem Monat mit der Sichtung der Eingänge beschäftigt, wird aber vor Januar nächsten Jahres nicht zur Preisverteilung schreiten können.

irdischen Sehnsucht finden. Wie dieser durch die jeweilige Barrierearbeit verknüpfte Teil gestaltet ist, macht schon Bergnügen, das läßt sich nicht leugnen, wenn es auch ein lieblos einseitiges und aus negierendem Kalkül entstandenes Bild ist, das Carl Sternheim gibt. Aber die Desillusionierung hat Augenblicke von größter Schlogkraft. Lediglich ist der erste Akt ziemlich ungelöst in der Bewegung der Figuren. Der Dialog ist in dem damals — das Stück gehört zu den frühesten Sternheims — noch erträglichen Dargon der Spächererentung geschrieben. Er wird indes mit Geduld zur Choralisierung der Personen verwendet. Im Ganzen aber ist das Stück unerfreulich und peinlich in seinem Mangel an Gehmaß und Takt, so daß die Freude an dem Bekannten nicht recht lebendig wird.

Die Aufführung kann hier mildern. Die Heidelberger hat es nicht. Nicht in dem Sinne, als ob Spieltheater heimlich hätte ausdringlich spielen lassen. Aber er hätte Figuren von George Grosz lebendig werden lassen müssen. Das hätte über viel hinweggeholfen. So blieb zu viel Darstellung aus dem Bezirk des Naturalismus; zu wenig Spiel aus dem der Karrikatur. Herr Sauer hätte schärfer akzentuieren und den Kontur der Gestalt verwirrt nachzeichnen müssen Frau Braun. Großer war ein recht braves Fräulein, aber sie hatte den Ton nicht und nicht das, was die Phantasie der Männer bewegt. Der Dichter Scarron des Herrn Malin hatte Stil und Haltung; als Fräulein Mandellman fiel die Begabung des jungen Herrn Fig auf. Einige pfeifen nicht. Warum auch nicht? Dr. Fritz Hammes

Kunst und Wissenschaft

Babisches Reis. Die Mannheimer Pianistin Stephanie Bellstetter, Konzertmeister Ottomar Voigt und Solo-Violoncellist Paul Kraußbitter, beide von der Karlsruher Staatsoper, haben sich zu einer Triovereinigung zusammengeschlossen. Die neue Kammermusikvereinigung wird noch in diesem Winter unter dem Namen „Babisches Reis“ in verschiedenen babischen und anderen süddeutschen Städten an die Öffentlichkeit treten. Neben den klassischen Werken wird sie es sich besonders angelegen sein lassen, die Werke der zeitgenössischen Komponisten zu Gehör zu bringen.

Eine Plastik Leonardos da Vinci. Das Auffehen legt sich in der Erinnerung, daß einige Zeit vor dem Kriege entstand, als Wode in der Flora-Büste des Kaiser-Friedrich-Museums ein erstes eigenhändiges Werk Leonardos erkennen wollte. Der große Meister der Renaissance, dessen allseitige Begabung zu den Weltwundern gehört, war ja nicht nur als Maler, sondern, wie uns vielfach berichtet wird, auch als Bildhauer tätig; aber es war bisher nicht gelungen, irgend ein plastisches Werk seiner Hände festzustellen. Die Zurechnung der Flora-Büste ist seitenshastisch bekämpft worden und erscheint jedenfalls sehr zweifelhaft. Nunmehr soll aber wirklich

Das Reichsgericht hält die Auswertung der Hypotheken für berechtigt. Das Reichsgericht hat gestern eine höchwichtige Entscheidung getroffen, wonach der Grundbesitzer die Auswertung der Hypotheken als berechtigte Forderung anerkannt und den Gläubigern zugleich das Recht zugestanden wird, die Päckung der Hypotheken zu verweigern, falls nur Papiermarkt als Rückzahlung angeboten wird.

Warum der Kleinhandel zu wenig wertbeständiges Geld bekommt. In einem Heidelberger Ladengeschäft wurde dieser Tage ein Gegenstand für einen kleinen Goldmarkbetrag verkauft. Der Käufer ludge seinen ganzen Vorrat an Papiermarkt zusammen, um damit zu bezahlen. Von dem Geschäftsinhaber, der sich, daß der Käufer über eine große Menge wertbeständiges Geld verfüge, darum erlucht, doch mit diesem zu bezahlen, schrie er mit der Bemerkung, er sei nicht so dumm, sein wertbeständiges Geld zum amil-behen Kurs herzugeben. Auch der Hinweis des Verkäufers, daß er keine Preise doch auch nach dem amtlichen Kurs richten müsse, hatte keinen Erfolg. Dieser Vorfall ist charakteristisch für den gegenwärtigen Zustand. Die künstliche Wiederherstellung der amtlichen Kurse begünstigt das Handeln der wertbeständigen Zahlungsmittel und führt zur Erhöhung der Geldmarktpreise, das heißt zur Entwertung auch des wertbeständigen Geldes. Jeder, der wertbeständiges Geld zurückhält, sollte sich darüber klar sein, daß er damit die Allgemeinheit und nicht zuletzt sich selber schädigt.

Betrag mit österreichischen Kronennoten. Die Berichte über die Devisenkurse laufen gegenwärtig regelmäßig auf Milliarden ab. Abweichend hiervon werden jedoch die Kurse für österreichische Kronen und für ungarische Kronen in Millionen Mark angegeben. Dies wird vielfach übersehen. Mißverständnisse, die sich daraus ergeben, sind neuerdings auch betragsmäßig ausgedeutet worden. Mißsach wurden vor allem Geschäftsleute durch Ueberrahme der Kronen zum tausendfachen höheren Kurs um sehr beträchtliche Summen geschädigt.

Die Einwanderung nach Amerika geipert. Nach Mitteilung des amerikanischen Konsulats in Stuttgart wird infolge der raschen Erschöpfung der Einwanderungsquote für die in Deutschland geborenen Personen das Blum von nun an nur noch solchen Personen gewährt, die bereits Fortbildungen empfangen haben. Weitere Fortbildungen werden nur noch an folgende Einwanderer ausgedehnt: Gehobenen, Eltern, Geschwister, Kinder unter 15 Jahren und Angehörige von amerikanischen Bürgern. Bereits ausgegebene Fortbildungen können widerrufen werden und garantieren nicht für das Blum. Es sollte sich daher niemand endgültig auf die Befreiung vorbereiten, der nicht das Blum hat. Ausnahmen werden kaum gemacht und Briefwechsel ist zweifelsfrei für Geschäftsreisen vor das Blum nur an Vertreter aller Firmen gewährt und es ist Nachweis vorzulegen, daß der Aufenthalt in den Vereinigten Staaten sechs Monate nicht überschritten wird. Wenn Besuche um das Blum nächstes Jahr gestellt werden können (wahrscheinlich im Juni) wird später bekanntgegeben.

Selnen 70. Geburtstag feiert heute Herr J. W. Kopper, pensionierter Gerichtsnotar in voller Rente.

Veranstaltungen

Theaternachricht. In der Erkaufkürnung von Handels Oper „Julius Cäsar“ am Samstag, den 1. Dezember, sind die Hauptrollen mit Irene Eben, Emilia Behrer, Fritz Hartmann, Josef Burawinkel, Wilhelm Fenten und Huao Bolfin besetzt. Richard Bert hat die musikalische und Szenenbeobachtung die italienische Leistung.

Kommunale Chronik

Aufwertung der Kommunalabgaben in Preußen

Eine Verordnung des preussischen Staatsministeriums ordnet die Aufwertung auch auf dem Gebiete des Kommunalabgabewesens an. Die Aufwertung findet in der Weise statt, daß die Abgaben nach dem vom Reichsfinanzminister festgestellten Goldumrechnungsmaßstab rückwirkend auf den Tag ihrer Einführung in Gold umgerechnet werden. Der auf diese Weise ermittelte Goldbetrag wird wiederum mit dem am Zahlungsmittel geltenden Goldumrechnungsmaßstab multipliziert, wodurch der zu zahlende Barbetrag sich ergibt. Abgaben, die innerhalb 8 Tagen nach ihrer Umstellung beglichen werden, unterliegen der Aufwertung nicht. Zur Verminderung von Härten und Kompensationen wird die Steuererleichterung die im Steuerzettel verzeichneten Abgaben als am 1. Dezember entstanden erachtet, so daß die Schonfrist am 8. Dezember abläuft. Die Erhebung des bisher geltenden Wertesausgleichs mit 400 Prozent findet nicht mehr statt. Die vor dem 1. Januar 1923 entstandenen Abgaben werden nicht aufgemert.

Kleine Mitteilungen

Nach einem Beschluß des Karlsruher Stadtrats werden von Anfang Dezember ab die Gas- und Stromrechnungen auf Goldmark ausgestellt. In anbetragt der bedrängten Gas- und Wasserwerke der Bevölkerung wurde jedoch beschlossen, als ausnahmsweise Maßnahme für die Anfang Dezember beginnende nächste Abrechnung eine Ermäßigung der Gas- und Strompreise unter die errechneten Selbstkosten wie folgt festzusetzen: für Gas zu 1/20, Koch- und Heizgas zu 2/3 Goldmark für den Kubikmeter, für Wasserstrom zu 50 Goldmark für die Altonaerstraße und für Kraftstrom zu 30 Goldmark für die Altonaerstraße.

Der Brauerausschuß von Schopfheim genehmigt einstimmig die von den Stadtgemeinden Schopfheim u. Bruch herausgearbeitete Hofwermantische.

eine authentische Plastik Leonardos entdeckt worden sein. Es handelt sich um die sog. Signa-Madonna, ein Halbrelief in Stein auf einem Hintergrund von Stein in 83 Zoll Höhe und 3 1/2 Zoll Breite, das seinen Namen davon trägt, daß es in einem Hause in der Nähe von Signa entdeckt wurde. Der Besitzer, der es in Italien kaufte, ist ein Engländer G. B. Dibbice, Rentier des Oxfordster-Kollegs, und die Echtheit des Werkes, die bereits von verschiedenen englischen Kunstgelehrten ausgesprochen wurde, wird nun bestätigt durch eine Untersuchung des großen italienischen Kunstforschers Prof. Adolfo Venturi, der darüber in einem Brief an die „Times“ berichtet. „Nach meiner Ansicht“, sagt Venturi, „ist das Dibbice-Relief die einzige bisher entdeckte Spur von Leonardos bildhauerischer Tätigkeit. Ich habe die entsprechende Studgruppe genau untersucht und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich hier um ein eigenhändiges Werk des jugendlichen Meisters handelt. Der Einfluß seines Lehrers Verrocchio kann nicht zweifelhaft sein; er findet sich in allen Hauptwerken Leonardos, besonders in Verrocchios „Lause“. Fast genau dieselbe Verwandtschaft zwischen dem Lehrer und dem genialen Schüler ist bei einem Vergleich von Verrocchios Terrakotta im Florentiner Nationalmuseum mit dem Dibbice-Relief festzustellen. Hier und da, z. B. an den Beinen des Kindes, habe ich Spuren von kleinen parallelen Furchen gefunden, hervorgebracht mit einem Schabell, das mit der linken Hand geführt wurde. Leonardo war, wie wir aus seinen Schriften, Skizzen und anderen Quellen wissen lernen können, aber über alle technischen Grübele hinaus ist es die meisterhafte Kunst, die außerordentliche Feinheit der Einzelheiten, wie sie keiner anderen Hand möglich war, die das Relief als bedeutend für den Genius des jungen Leonardo erscheinen läßt. Die ganze Behandlung ist von einer malerischen Weichheit, von einer Gestaltung in Form und Licht, die nicht wiederzulegen hat. Die überwältigende Gestalt der ganzen Konzeption macht die wunderbare Gruppe zur Verkörperung des jugendlichen Genius von Leonardo da Vinci.“

Literatur

Dr. Ch. Hoffmann: Ohlala, Juenderinnerungen eines Gourmands. Verlag der Agentur des Rauben Hauses, Hamburg. — Der große Vorteil dieses trefflichen Indianerbuches ist die Tatsache, daß es nicht nur für Knaben, sondern auch für Mädchen eines der besten und unterhaltendsten Bücher ist. Manche werden beim Lesen des schönen Buches ihre Meinungen über die rote Rasse wohl einer gründlichen Korrektur unterziehen. Mit innerer Freude lauscht man den Erzählungen der Indianer, verfolgt man das Heranwachsen der Jugend in der paradiesischen Wildnis. Ebenso interessant sind auch die Schilderungen der indianischen Volksgötter und Riten, von denen namentlich das Jungfrauenfest recht fesslich dargestellt ist. Das von einem Volldindianer frisch und mit großer Gestaltungskraft aufbereitete Buch mag nicht von der üblichen phantastischen Indianerromantik getrennt ab und ist von ethischem Gehalt.

Die Hamburger Elektrizitätswerke haben den Preis des Lichtstromes auf 50, des Kraftstromes auf 25 Goldmark für die Altonaerstraße festgelegt. Bei Zahlung in Papiermarkt ist ein Zuschlag von 40 Proz. zu entrichten.

Aus dem Lande

Karlsruhe, 29. Nov. Im deutschen Donnerstag, den 29. November feiert Karlsruher Fabrikant Georg Wall seinen 60. Geburtstag. Er ist der Sohn des vor drei Jahren verstorbenen Ehrenbürgers der Stadt Karlsruhe, Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. Friedrich Wall, der Mitbegründer der Karlsruher Parfümerie- und Toilettenfabrikation, F. Wall u. Sohn, G. m. b. H. in Karlsruhe. In nun mehr als 40jähriger Tätigkeit hat Georg Wall an dem Aufschwung und der Blüte dieser Fabrikation realen Anteil. Neben seiner umfangreichen beruflichen Tätigkeit widmete er sich in weitestehender Weise der desinteressierten Förderung durch Annahme der Mitarbeit im Vorstand der Gewerbevereinsvereinsanstalt Baden.

Dulach (bei Karlsruhe), 27. Nov. Beim Holzabfahren in der 68. Aktiven Bandelst. Raunus Bohner so schwer verunfallt, daß er gestorben ist.

Wörthheim, 27. Nov. Bei der Waderpoller wurde ein Baderwirt angesetzt, weil er für das Bier 30 Goldmark pro Liter verlangte, obwohl der Stallerpreis nur 16 Mark betrug. Weiter wurde ein Speereihändler angesetzt, der keine Rechnungen vernichtete, was die Nachzahlung der Preise zu verhindern.

Gernsbach, 27. Nov. In einer bei der roten Woche gelegenen Wiese wurde ein schwerer Einbruch beobachtet. Brauereibesitzer, Bettwölfe usw. wurden gestohlen. Dem Täter ist man auf der Spur.

Endingen (Karlsruhe), 26. Nov. In Siegel ist im Alter von 78 Jahren der Seniorsel und Mitbegründer der bekannten Siegel Brauerei Meier u. Söhne, Direktor Ab. Meier gestorben. Dem Unternehmenseigentümer des Verstorbenen war es mit Unterstützung seiner Söhne gelungen, seine Brauerei zu einer der größten in Baden zu gestalten. — In Karlsruhe an konnte die älteste Frau des Reichstages, H. Heilbrunner Witw., ihren 102. Geburtstag begehen. Der Kaisererbe auf der Kaiserbahnhofbahn ist bis auf weiteres an Sonn- und Feiertagen eingestellt worden.

Kell, 26. Nov. Einen bösen Herrensfall erlebte, wie die „Kölnische Zeitung“ erzählt, eine Bauerfrau aus Neudorf. Sie hat einen Mann Karloffen zu 15 Kr. für den Penten an. Auf dem Wege zum Bahnhof berichtete sie diesem nach freemutlich von ihren bisherigen Bekanntschaften, was aber nicht wenig erstaunt, als sich der freemutliche Herr als Leiter der Volkshochschule des Bezirksamts Reichsstadt und die Bauerin selbst wegen Betrübens der Volkshochschule der Staatsanwaltschaft anstellte.

Donaueschingen, 27. Nov. Eine beim Arbeitsamt Konstanz beschäftigte 22jährige Angestellte sollte 2000 Billionen zur Auszahlung an Erwerbslose nach Singen und Radolfzell bringen. Das Mädchen fuhr aber mit dem Gelde hierher, klebte sie vollständig an sich, kaufte sich ein Fahrrad und war gerade im Begriff, mit einem Auto nach Karlsruhe zu fahren, als sie von der Gendarmerei abgefaßt und ins Gefängnis eingeliefert wurde.

Nachbargebiete

Ludwigshafen, 28. Nov. Die Handelskammer Ludwigshafen a. Rh. hat in einem bringenden Telegramm das Reichsbankdirektorium Berlin gebeten, die Anweisung an die Reichsbankstellen, daß vom 28. November ab kein fälschliches Notgeld mehr angenommen werden darf, für das besetzte Gebiet zurückzugeben. Dem Telegramm ist eine ausführlich begründete Eingabe gefolgt, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß das Wirtschaftslieben der Volkshochschule aufrechterhalten werden kann, wenn die Anweisung des Reichsbankdirektoriums nicht aufgehoben wird. Die Reichsbankstelle Ludwigshafen ist in gleichem Sinne in Berlin vorstellig geworden. — Die Weinbänder von Wollkammer, der gestern abend mit seinem Auto über den Hebergang an der Mauderstraße in Wundenheim verunglückte durch die Blandung des Schnees gegen die Barriere und beschädigte diese wie das Auto fort. Der Autoführer und Beschädigter erstatten je an rechten Auge erhebliche Verletzungen. Es wurden von einem anderen Auto, nachdem den Verletzten ein Verband angelegt worden war, in die Wohnung zurückgebracht.

Wöllheim bei Germersheim, 28. Nov. Einen Mischel in der neuen Zeit bieten in Wöllheim die Herren Ritzsche. Köstler usw. prangt in den Räumen, in denen die Herren der Schöpfwerke verhörrt werden. Und fragt man nach dem Grund, dann erklärt man die Antwort: Um die Wollkammer aufzubehalten, für die man nichts mehr bekommt, arbeiten wir nicht mehr und können gerade so gut umsonst rufen. Auch ein Zeichen der Geldentwertung. Wer macht dies noch?

Darmstadt, 26. Nov. Die Zentralfstelle zur Förderung der Volksbildung und Jugendpflege in Hessen schlägt in einem Aufruf allen hessischen Gemeinden und in ihnen besonders den Ortsvereinen für Volksbildung und Jugendpflege, den Pfarrämtern, der Lehrerzucht und den Jugendvereinigungen vor, das Weihnachtsspiel einmal in der Weise unserer Vorfahren mit einem schönen Krippenspiel, frühlichen betraglichen Kindern, mit Maria und Josef und dem Christkind, dem bösen und dem guten Herbergwirt, dem Hirten und dem Engel und den 3 Weisen aus dem Morgenland zu feiern. Die Zentralfstelle stellt jeder Gemeinde das für die Feier notwendige Material gegen Entrichtung von 2 Goldmark zur Verfügung.



UNSER WEIHNACHTS-ANZEIGER

erscheint auch dieses Jahr und zwar am 1., 8., 15., 19. und 22. Dezember

Wir richten deshalb an die hiesige Geschäftswelt die höfliche Bitte, uns ihre Anzeigen- Bestellungen zukommen zu lassen. Auf telephonischen Anruf steht unser Vertreter sofort zu Diensten. S398

Mannheimer General-Anzeiger
Geschäftsstelle E 6, 2 — Telephon 7941-7945

Gerichtszeitung

Aus Liebe zur Mutter zum Verbrecher

Als Mitglied einer Einbrecherbande hatte sich der stud. jur. Martin Weißbach zusammen mit dem Metallarbeiter Paul Stubbe und dem Schloßer Heinrich Westerstahl vor der Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen schweren Einbruchsdiebstahls in zwei Fällen zu verantworten. Die Einbrecherbande war am 28. Dezember vorigen Jahres bei einem Rechtsanwalt in D. in der Klosterstraße einbezogen, nachdem sie durch ein früheres Diebstahlverbrechen des Rechtsanwalts die Gelegenheit auszunutzen hatten. Bald darauf hatten sie unter ähnlichen Umständen einen Einbruch bei einer Frau S. in der Weindstraße verübt, während die Herrschaft verreist war. Stubbe erhielt da er vielfach vorbestraft ist, 2 1/2 Jahre Zuchthaus und der ebenfalls vorbestrafte Westerstahl wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Für Weißbach machte der Verteidiger geltend, daß der Anwalt aus Liebe zu seiner Mutter auf die Bahn des Verbrechens getreten sei. Diese sei früher eine reiche Frau gewesen, sei aber durch die Krisisverhältnisse vollkommen verarmt so daß sie sich jetzt als Heilmittel in der Weindstraße schwer ihr Brot verdienen müsse. Durch Krankheit sei die Mutter in bitterste Not geraten und um ihr zu helfen, sei der Sohn auf die letzte Ebene gekommen. Das Gericht ließ bei diesem Anwaltskassationsklage werten, erkannte auf zehn Monate Gefängnis, wovon fünf Monate auf die Unterlassungsbefehle anrechnen wurden und aus außerdem dem Antrage des Verteidigers statt, den Anwaltskassations aus der Haft zu entlassen.

*

Eine Witwe um Das und Gut gebracht. Der Mechaniker Peter Fünfer von Regensburg hatte eine noch seiner Meinung wichtige und gewinnbringende Erfindung über Kraftübertragung gemacht. Um die Erfindung patentieren lassen zu können, legte er sich mit dem Patentgeschäftsleiter Franz Merkel von München in Verbindung, der die Erfindung günstig beurteilte und ein Schutzrecht für die Erfindung eines Patentes. Von dieser Verbindung, die dem Fünfer aus Berlin direkt mitgeteilt wurde, machte er dem Patentgeschäftsleiter keine Mitteilung. Dagegen erzählte er seiner Nachbarin, einer Bauerwitwe in Regensburg, von der Erfindung und von dem in Aussicht stehenden ungeheuren großen Gewinn. Es gelang ihm dadurch, der Frau wiederholt große Geldbeträge herauszulockern und sie zur Verzweiflung für namhafte Summen zu veranlassen. Unter dem Vorbringen, daß ihr ein großer Gewinnanteil an der Erfindung überlassen werde, brachte er es unter Mithilfe des Merkel zum Schluß noch fertig, die Bauerwitwe zur käuflichen Heiratung ihres Anwesens an die Frau des Merkel zu veranlassen. Durch die Schwundfeste des Fünfer kam die Witwe um ihr ganzes Gut und Gut. Das Landgericht München I verurteilte nun Fünfer unter Einziehung einer anderen Strafe zu vier Jahren, Merkel zu vier Monaten Gefängnis.

Verurteilte Kirchenbede. Der verheiratete Schuhmacher Jakob Wegler von Rottweil und die ledige Fabrikarbeiterin Auguste Wegler von Rottweil, D.-A. Waldsee, hatten aus den Kirchen in Jümmern o. R. Dunningen,hausen im Tal und aus einer Kapelle bei Ronsbronn Altäre gestohlen. Sie wurden vom Schöffengericht Rottweil zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wegen des gleichen Verbrechens an anderen Orten schwebt noch das Verfahren gegen das saubere Paar.

Sportliche Rundschau

Flugsport

Es. Verteilung von Segelflug-Breizen. Von den für Erwerbung von Segelflugzeugen, Führer, Zeugnissen zur Verfügung gestellten 150 Dollar der Widemann-Peise hat das Preisgericht 5 Prämien von je 10 Dollar verteilt. Den Preis für den räumlich längsten Flug erhielt Weiß für seinen 18 1/2 km. Flug am 20. September. Für die gleiche Leistung erhielt Bösch den im Frühjahr des Jahres gestifteten, vom Aero-Club von Deutschland ausgeschriebenen Goldpreis-Athoria-Segelflugpreis. Wenn man bedenkt, daß der nächstlängste Flug, der gleichfalls in der Höhe, und zwar während der Höhenwettbewerb stattfand, 12 km und die längsten Segelflüge im Ausland nur kürzere Strecken erreicht haben, so ergibt sich, daß mit dem Waldsee-Athoria-Preis der Zweck einer Steigerung der Streckenleistungen in der Luftlinie in vollem Maße erreicht worden ist. Das Preisgericht für den Sealtal (Societas Colombi-Memoria de Transpore Aerod) Preis des Aero-Clubs von Deutschland hat von einer Aufteilung des Preises für dieses Jahr Abstand genommen, weil eine zweifelhafte „föderliche Leistung“ im Segelflug nach Ansicht des Preisgerichts nicht vorlag. Dagegen haben die Preisrichter nun noch 50 amerikanische Dollar für Anerkennungspreise zur Verfügung gestellt, die je zur Hälfte der Fliegergruppe Charlottenburg für Bau und Leistung des Schwanseglers „Charlotte“ und Westfälischer-Hamburger für sein Flugzeugmodell 1923 — mit gleichzeitiger Schöpfung — und Flügelformung — zugesprochen wurden. Der Sealtal-100-Dollar-Preis ist ein weiteres Jahr offen.

Fußball

Die D. F. B.-Tagung. Der D. F. B. tagte am Samstag in Unipfandheim der Vertreter sämtlicher Landesverbände im Bahnhofs-Hotel in Würzburg. Die Tagung begann um 10 Uhr vormittags und konnte bereits nachts um 1 Uhr zu Ende geführt werden. Die Begrüßung erfolgte durch den 1. Vorsitzenden Hinz-Duisburg, der insbesondere des verstorbenen Fußballspielers Paul Reumann-Berlin gedachte. Die Begrüßung für die Würzburger Sportgemeinde hatte Kreisvorsitzender Schäfer übernommen. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildeten die vorgelegten Berichte, die nach einigen Debatten Annahme fanden. Die Finanzierung des Bundes wird in Zukunft nach Spielabgaben erfolgen. Der D. F. B. erhält von sämtlichen Spielen innerhalb des Bundesgebietes 1% der Bruttoeinnahmen, wenn diese 50 Goldmark übersteigen. Von den Spielen deutscher Vereine oder von Auswahlmannschaften im Ausland erhält der D. F. B. 4%, während die Landesverbände bis zu 3% fordern können. Den Landesverbänden ist es ferner freigestellt, statt einer Kopfsteuer ebenfalls zur Spielabgabe überzugehen. Den Hauptpunkt bildete die Besprechung der berühmten Baragatzen 63 bis 65 betreffs Berufsleiterums bezug. Vereinswechsel. Die Debatte ließ deutlich erkennen, daß die Verbände gewillt sind, endlich einmal mit dem verhassten Berufsleiterums aufzuräumen. Erfolgreich war vor allem der Standpunkt des Süddeutschen Fußballverbandes, der einen demart radikalsten Antrag einbrachte, daß es die anderen Vertreter kaum fassen konnten. Es wurde schließlich nach langem Hin und Her beschlossen, daß bei Vereinswechsel von Spielern eine Mindestwartzeit von drei Monaten festgelegt wird, ganz gleichgültig, ob begründeter oder unbegründeter Vereins- und Wohnortwechsel oder wie man es sonst nennen will, vorkommt. Die Entlastung des Vorstandes fand einstimmige Annahme, ebenso wurde der Bundesvorstand einstimmig wiedergewählt, also Hinz erster Vorsitzender, Linnemann zweiter Vorsitzender, Blafitz geschäftsführender Vorstand, Jugendvorsitzender; Dr. Wagner, Spielausschuß; Rotar Kenl. Der Vorstand wird ergänzt durch Vertreter der einzelnen Landesverbände. Unter Leitung von Dr. Martin wird ein Pressesausschuß gebildet, dem die Herren Rosenberger-Stuttgart und Neurer-Hamburg angehören.

Handball

Handballverbandsspiele vom Sonntag. S. F. M. I. — R. T. G. I. 0:0; Waldhof I — T. S. R. v. 1916 I 1:4; T. S. R. v. 1916 II — Waldhof II 3:1; T. S. R. v. 1916 2. Jugend — D. S. A. Schwetzingen 2:2.

Winter sport

Stiftung im nördlichen Schwarzwald. In der Hauptversammlung des Karlsruher Alpenvereins wurde mitgeteilt, daß für die seit drei Jahren geplante Herstellung einer Skistätte im nördlichen Schwarzwald jetzt ein geeigneter Platz bei Schöndrups in der Nähe des Immensteins in Aussicht genommen ist. Die Stätte wird gemeinsam mit dem Skiclub gebaut werden. Es soll eine Skistation gegründet werden, deren Mitglieder sich verpflichtet, mindestens drei Tage an der Stätte tüchtig mitzuarbeiten oder einen bestimmten Betrag zu zahlen.

Aus Handel und Industrie

Goldschatzanweisungen des preußischen Staats

Zur Deckung dringender staatlicher Ausgaben wird der preußische Staat schon in aller nächster Zeit wertbeständiges Notgeld herausgeben, das durch Deponierung von Goldanleihe voll gedeckt werden soll und das auf Goldmark bzw. Dollarbruchteile lauten wird. Außerdem wird Preußen kurzfristige Goldschatzanweisungen ausgeben. Diese sollen noch vor den Goldzertifikaten der Reichsbank auf dem Markt erscheinen und durch die Seehandlung ausgegeben werden. Ihre Umlaufzeit wird sich zwischen einigen Wochen und drei Monaten bewegen, ihre Stückelung zwischen 10 und 500 Goldmark, über den Dollar gerechnet. Mit dieser Ausgabe wird der Anfang zu einem Geldmarkt in wertbeständigem Gelde gemacht werden.

Der Großhandelsindex

Die auf den Stichtag vom 27. November berechnete Großhandels-Indexziffer des statistischen Reichsamts ergibt in Papiermark bei einem amtlichen Dollarkurs von 42 Billionen das 1422,9-milliardenfache des Friedensstandes. Sie erfuhr somit gegenüber dem Stande vom 20. November (1412,4-milliardenfache) keine wesentliche Veränderung. Das Goldniveau der Großhandels-Indexziffer (1913 gleich 100) stellt sich am 27. Novbr. auf 142,3 gegen 141,8 am 20. Novbr. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten am 27. Nov. wie folgt: Lebensmittel das 1342,5-milliardenfache (134 Goldniveau), davon Getreide und Kartoffeln auf das 1004,9-milliardenfache (100,5 Goldniveau), Industrierstoffe 1573,1-milliardenfache (157,3 Goldniveau), davon Kohlen und Eisen das 1604,2-milliardenfache (160,4 Goldniveau), ferner Einfuhrwaren das 1627-milliardenfache (162,7 Goldniveau), Inlandwaren das 1382-milliardenfache (138,2 Goldniveau).

Gegen die Inflationwirkungen des Notgeldes

Die Währungskommission des Zentralverbandes des deutschen Bankgewerbes hat sich erneut veranlaßt gesehen, den maßgebenden Stellen gegenüber auf das Eindringlichste zu betonen, daß unter allen Umständen die Umwandlung von Notgeld in Reichsbanknoten unmöglich gemacht werden muß, da sonst der Mißbrauch, der Reichsbank zu Zwecken inflationärer Geldschöpfung kein Ende findet und demnach auch der Vorschlag des Umtausches von Papiermarknoten der Reichsbank gegen Goldzertifikate des Reiches, an welchem die Kommission festhält, nicht durchführbar sein würde. Die Kommission fordert deshalb, daß die Reichsbank unter keinen Umständen weiterhin Notgeld irgendwelcher Art, gleichviel ob wertbeständig oder nicht wertbeständig zur Gutschrift auf Girokonten annehme.

Reichsbanksitzung und Rentenmark-Diskont

Eine heute stattfindende Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank wird sich mit der Genehmigung des Rentenmark-Diskonts beschäftigen. Außerdem soll sich der Zentralausschuß gutachten zu der Neubesetzung des Reichsbank-Präsidiums äußern, wie dies der gesetzliche Bestimmung entspricht.

Gesellschaft für Spinnerei u. Weberei, Ettlingen (Baden)

Die Kämpfe innerhalb der Verwaltung dieser Gesellschaft, über die wir berichtet haben, wirken sich auch in der Kursgestaltung der Ettlingeraktie scharf aus. An der gestrigen Frankfurter Börse stellte sich der Kurs schätzungsweise auf etwa 30-40 Billionen Prozent gegen vorher 18 Billionen Prozent. Dabei hat das von uns gestern veröffentlichte Angebot der F. H. Hammersen A.-G. in Osnabrück bzw. deren Tochtergesellschaft, der Deutschen Baumwoll A.-G. in Mülheim a. d. Ruhr, wonach für 2 Ettlinger-Aktien 3 Hammersen-Aktien gegeben werden sollen, entscheidend mitgewirkt. Der Kurs der Hammersen-Aktien war scharf rückgängig. Von außen her könnte man also auch den Schluß ziehen, daß die Börse die Transaktion für Hammersen ungünstig, für Ettlingen günstig beurteilt, wenn man nicht annehmen müßte, daß die Kursbewegung von Interessenkäufen beeinflusst war.

Als Umtauschstelle für die Ettlinger-Hammersen-Aktien fungiert in Mannheim das Bankhaus Th. Fasshold u. Co.

A.-G. für Sellindustrie vorm. Ferd. Wolff, Mannheim. Für 1922/23 betrug der Reingewinn einschl. 145392 M Vortrag 46801461 (A. V. 2286080) M.

Allgemeine Gold- und Silberscheideanstalt, Pforzheim. Die Gesellschaft erhöht ihr Grundkapital um 3800000 M auf 6 Millionen M durch Aufwertung der alten 4400 Namensaktien von 500 M auf 1000 M Nennwert je Stück mit voller Dividendenberechtigung für das laufende Geschäftsjahr 1923.

Farben-Fabriken Tauberwerke A.-G. in Weikersheim. Aus 6,61 Milliarden M Reingewinn wird eine Dividende nicht ausgeschüttet, dafür aber aus einer Kapitalerhöhung der Betrag von 2 Milliarden M zur Beschaffung von 2000 Stammaktien verwendet, die den alten Aktionären 3:1 gegen Erstattung der Bezugsrechtsteuer und eines Kostenanteils unentgeltlich zu überlassen sind. Der Betrieb wurde meist 2 und 3schichtig unterhalten; in das dritte Geschäftsjahr wurde ein größerer Auftragsbestand übernommen. Im August wurde ein neues Fabrik- und Lagergebäude von 480 qm Fläche erstellt, das im Rohbau fertig ist. Im Geschäftsjahr hat sich die Gesellschaft an einer Rohstoffversorgungsgesellschaft beteiligt, mit der Verschmelzungsmöglichkeit gegeben ist. Verhandlungen sind im Gange. Die G.-V. genehmigte den Abschluß und wählte Prof. Bauer von der Techn. Hochschule Stuttgart, der schon seit längerer Zeit für die Gesellschaft tätig ist, in den Aufsichtsrat. Ferner wurde beschlossen, das Aktienkapital von 16 auf 25 Mill. M zu erhöhen. Die für oben erwähnte Zuwendung an die Aktionäre nicht erforderlichen Aktien sollen u. a. zur Einführung in Frankfurt, Stuttgart und München dienen. Das Stimmrecht der Vorzugsaktien wurde auf das 75fache erhöht. Zwecks Verschmelzungsmöglichkeit mit der unter Mitwirkung der Tauberwerke gegründeten Farbenerden-Bergbau A.-G. in Sulzbach wurde beschlossen, das Kapital um weitere 25 Millionen M auf 50 Millionen M zu erhöhen. Die neuen Aktien sind ab 1. Dezember 1923 gewinnanteilsberechtig.

Gehr. Keller A.-G., Freiburg. In der G.-V. der Gehr. Keller Nachf. A.-G., Freiburg wurde von der Verteilung einer 1000proz. Dividende abgesehen und die Summe vorgezogen. Das Unternehmen schließt 1922/23 mit 71,7 Mill. Reingewinn ab.

Überlassung von bayerischen Elektrizitätsaktien an die Reichsbahn. Die G.-V. der Mittelfranken Isar A.-G. und der Walchenseewerke A.-G. beschlossen Kapitalerhöhungen, bei der ersteren um 200, bei der letzteren um

100 Mill. M. Die neuen Aktien werden der deutschen Reichsbahn überlassen und diese auch bei künftigen Kapitalerhöhungen der beiden Gesellschaften im entsprechenden Verhältnis beteiligt. Zwischen beiden Gesellschaften und der Reichsbahn ist ferner ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen worden, in dem u. a. vorgesehen ist, daß die Reichsbahn für den Abbau der Anlagen der beiden Gesellschaften diesen ein Darlehen von 17,5 Millionen Goldmark gewährt.

Freigabe des Getreideexports in Rumänien. Aus Bukarest wird gemeldet: Das Ministerium beschloß nach den Vorschlägen des Obersten Landwirtschaftsrates den Export von Weizen, Roggen, deren Saaten, sowie von Luzerne vollständig freizugeben. Um der Verteuerung dieser Produkte im Landesinnern vorzubeugen, ordnete das Ministerium weiter an, daß die Zollsätze für die Ausfuhr die Differenz zwischen den zur Ausfuhr bestimmten Waren und dem Weltmarktpreis decken müssen. Der Zeitpunkt, an dem diese Ausfuhrfreiheit in Kraft treten soll, wird noch bekannt gegeben. Der nächste Ministerrat wird sich mit neuen Maßnahmen über den Petroleumexport beschäftigen.

Das Ende einer Genossenschaftsbank. Aus Engen berichtet die T.-U.: In der G.-V. der hiesigen Volksbank wurde mitgeteilt, daß die Bank am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Man erhielt laut Konstanz Zeitung nach den Auskünften des Direktors Frech den Eindruck, daß wohl alles Geld, was früher gespart wurde, verloren sein wird. Eine Abstimmung über den Beschluß der Liquidation und des Übergangs in die Landwirtschaftsbank konnte nicht gefaßt werden, weil die Versammlung nicht beschlußfähig war. Deshalb findet am Sonntag, den 9. Dezember eine zweite G.-V. statt.

Zahlungsschwierigkeiten einer Berliner Bankfirma. Nunmehr wird auch in der Öffentlichkeit bekannt, daß die Berliner Bankfirma Richard Landauer sich in Abnahmeschwierigkeiten befindet. Mit dieser Firma hat sich jedoch die Kommission des Berliner Börsenvorstandes noch nicht beschäftigt. Sie konnte am Montag Effekten nicht übernehmen und hat sich nunmehr unter Geschäftsansicht begeben. Der Status sei noch nicht zu übersehen. Man hoffe aber doch durch Hilfsaktionen von Geschäftsfreunden in Ordnung zu kommen. Die vor einiger Zeit errichtete Richard Landauer Bank A.-G. werde lt. Frkf. Zig. von dem Zwischenschiff nicht betroffen. Die Umschreibung an der Börse sei noch nicht erfolgt, so daß die A.-G. das Geschäft noch nicht übernommen hat. Vor kurzem habe die A.-G. Kapitalerhöhungsantrag um 3 auf 4 1/2 Milliarden M gestellt. Die G.-V. finde demnächst statt. Versichert wird übrigens, daß die gegenwärtigen hohen Zinsen bei stehendem Devisen- bzw. Effektenstand die Abwicklung besonders erschwert hätten.

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

Mannheim, 28. Novbr. Die heutige Börse verkehrte zu wesentlich niedrigeren Kursen, jedoch waren die Umsätze recht lebhaft. So in Anilin zu den Kursen von 34000 und 33000, ferner Dampfkesselfabrik Rodberg zu 1800, Gebr. Fahr zu 6500, Waggonfabrik Fuchs zu 3000 und zu 2750, Karlsruhe Maschinenbau zu 5000, Mannheimer Gummi zu 2500, Pfalz. Mühlenwerke zu 6000, Pfalz. Nähmaschinen zu 5500, Cementwerke Heidelberg zu 20000, Freiburger Ziegelwerke zu 1500, Wags u. Freytag zu den Kursen von 4000, rat. und zu 4500, Zellstofffabrik Waldhof zu 9000, rat. Zuckerfabrik Frankenthal zu 9000 und Zuckerfabrik Waghäusel zu 8000. Weiterhin notierten von Industriepapieren: Bremen-Besigheimer 30000 B., Rhenania 15000 G., 18000 B., Oelfabriken 20000 B., Westeregeln 30000 G., Benz 6000 B., Dingler 8000 G., Knorr 7000 G., Braun Konserven 1700 G., Neckarsulmer 7000 G., Rhein-Elektra 4000 G., Salzwerk Heilbronn 9000 G. und Unionwerke 10000 G. In Brauerei Sinner-Aktien war Geschäft zu 6000 (alles in Milliarden Prozent), ebenso in Mannheimer Versicherungs-Aktien zu 26000 Milliarden M pro Stück und in Badische Kohlen-Anleihe zu 52000.

Waren und Märkte

London, 28. Novbr. (W.B.) Gesamtmarkt. (In Lat. 1 engl. L. x. 1915 kn.)

Kupferkass	62 1/2	63 1/2	Winkel	13 1/2	13 1/2	Zinn	33 1/2	33 1/2
do. 3 Monat	63 1/2	64 1/2	Zinn Kass	231 1/2	236 1/2	do. 3 Monat	10	10
do. 6 Monat	67	67 1/2	do. 3 Monat			Regulus	42	42

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November

Station	21	24	27	30	1. 12.	Station	21	24	27	30	1. 12.
Waldhof	1,85	1,70	1,65	—	1,25	Waldhof	4,41	4,42	4,43	4,44	4,45
Heilbronn	3,14	3,00	2,95	2,70	2,65	Heilbronn	—	—	—	—	—
Waggon	5,11	4,91	4,70	4,42	4,34	Waggon	—	—	—	—	—
Waldhof	4,44	4,25	4,01	3,80	3,51	Waldhof	—	—	—	—	—
Waldhof	4,23	4,03	—	—	—	Waldhof	—	—	—	—	—

General-Verlag und Verleger: Trudner & Co. Mannheim
General-Anzeiger u. d. G. Mannheim Nr. 2
Verantwortlich für den politischen und weltwirtschaftlichen Teil: Kurt Hübner; für den literarischen und wissenschaftlichen Teil: Kurt Hübner; für den Redaktions- und Anzeigen-Teil: Kurt Hübner; für den Anzeigen-Teil: Kurt Hübner; für den Anzeigen-Teil: Kurt Hübner.

Der Aufstieg unserer Wirtschaft

wie er bis zum Ausbruch des Krieges in Erscheinung getreten ist, war nur durch die tröstliche Entwidlung des Zeitungswesens denkbar. Klein durch die Tageszeitung war der Geschäftsmann imstande, die Vorgänge seines Unternehmens und seiner Waren weithin bekannt zu geben und

durch immer wiederkehrende Reklame

seinen Namen dem Gedächtnis des Verbrauchers einzuprägen. Er erkannte, daß der Reklame eine geheimnisvolle Kraft inneohnt, die, richtig gebraucht, den Vorprung vor dem Konkurrenten sichert. Sie wurde eine Wissenschaft. Und jedes große Unternehmen pflegte sie und pflegt sie heute noch durch erste Kräfte.

Sie ist die Antenne des Geschäftsmannes

die seine Angebote über ein weites Wirtschaftsgebiet hinwirft und mit der Nachfrage in Verbindung bringt. Nachfrage ist auf allen Gebieten vorhanden. Gute Reklame ist jetzt mehr denn je erfolgreich. Nur die Leistung zwingt zur Vermeidung unsicherer Experimente und zur Benutzung bewährter erfolgreicher Mittel. Den härtesten Erfolg mit geringsten Aufwendungen bringt nach wie vor die bedeutendste Mannheimer Tageszeitung, der Mannheimer General-Anzeiger

Neues aus aller Welt

— Tuglicher Tod eines Leipziger Bankdirektors. ...
— Zeitgemäher Architektlohn. ...
— Auf der Spur zweier Mörder. ...
— Großfeuer im Gaisberg. ...

zum Opfer. Den zahlreich erschienenen Spritzen — auch die Kolberger
— 137 Kinder verbrannt. ...
— Die Christuskinder. ...
— Tödlicher Biß eines Zebra. ...
— Eine große Naturgasquelle ist im Bour-Tale östlich von Baon
— Nordpolfahrer Cool in Gefangnis verurteilt. ...

wurde wegen Betrugs zu einer hohen Gefängnisstrafe und einer
— In eine Salzgrube verwandelt. ...
— Eine Stadt zu Ehren Lenins. ...
— Raub und Mord in einem russischen Kloster. ...
— Große Erderschlebung im Kanal von Korinth. ...
— Eine amerikanische 'Verste-Fabrik'. ...
— Aufschlag auf das italienische Konsulat in Philadelphia. ...

— Sturmfut an der Küste von Koromandel. ...
— Eine amerikanische 'Verste-Fabrik'. ...
— Aufschlag auf das italienische Konsulat in Philadelphia. ...

National-Theater Mannheim.
Donnerstag, 29. November 1923
Die Geisha oder:
Die Geschichte eines japanisch. Teehauses

Maria Lochert
Dr. Julius Drum
prakt. Zahnarzt
Verlobte *5193
Mannheim, November 1923

Todes-Anzeige.
Nach kurzem Krankenlager verschied gestern unser
Mitarbeiter *690
Herr Julius Welcker
Kaufmann.

Offene Stellen
Aktiengesellschaft
sucht wegen Abklärung des Vollstreckungswesens 7200
solvente Persönlichkeiten
zur Neubildung.

Ihre Vermählung beehren sich
anzuzeigen *2253
Erich Stephan
und Frau Elisabeth
geb. Knödler
Mannheim Käferlasterstr. 5. II.

Todes-Anzeige.
Wir machen hiermit allen Kollegen, Freunden und
Bekanntem die traurige Mitteilung, daß unser lieber Kollege
Herr Julius Welcker
Kaufmann

Automobilanhänger.
Suchen zum Betrieb eines neuen
Anhängers tüchtige Solente 7304
Vertreter
für Heidelberg, Mannheim, Schwelzingen, Bruchsal.

Asta Nielsen
ab Freitag *5144
Palast-Theater

Handwerkskammerbeitrag 1923/24.
Der Handwerkskammerbeitrag für 1923/24 dritter
Ratstag ist seitens bis 3. Dezember 1923 zu
zahlen. ...

Todes-Anzeige.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. November,
nachmittags 1 1/2 Uhr von der städt. Leichenhalle aus statt.

Bedingungen: Sicheres und selbständiges
Arbeiten, praktische Industrie-Erfahrung,
gewissenhaft und vertrauenswürdig. ...

UT
Heute
letzten Mal
um 4 1/2, 6 1/4 u. 8 1/4 Uhr
Der Emil-Jannings-Film:
Alles für Geld!

Weinstube Kornblume, B 6, 8
gegenüber Kunstmuseum *5259
Großes Schlachtfest
wenn einladet E. Metz

Bäcker-Innung Mannheim.
Die beste Bezugsquelle für Mehl ist und bleibt
in allen Fällen die 7314
Bäckerei.

Köchin
zu 2 Personen gegen gute
Bezahlung u. Verköstigung
ge sucht. ...

Pelze
sehr preiswert
Reparaturen und
Neuanfertigungen
billig! *5135
Pelzhaus
Schürtz, O 7, 1
Etagegeschloß.

Verkaufe täglich frisch:
la. Gefrier-Fleisch
la. gefr. Ochsenbacken
zu billigstem Tagespreis *5272
Friedr. Schott, Q 7, 14b
Friedrichering - Neben Wasserturm.

Bäckerei.
Unsere sämtlichen Bäckereien erhalten stets und
ständig durch unsere Wirtschaftsabteilung direkt von
der Mühle
frisches, gesundes Qualitätsmehl, Spezial 0
in bekannter Backfähigkeit und Güte.

Stellen-Gesuchte
Tüchtige junge Frau
sucht
Beschäftigung
gleich welcher Art. ...

Heirat
Heirat
Heirat
Heirat
Heirat

Vermietungen
In bester Verkehrs-lage (Kaiserstraße)
Küche 4 Büroräume u. anliegende
Belohnungsmessie 5 Zimmerwohnung mit
Mansarden und Nebengeb. ...

Miet-Gesuche
Für meine Filialelerin suche *5940
möbliertes Zimmer
in guter Lage erst. mit Vent. gegen werthe-
ständige Zahlung. ...

Haushälterin
bei alleinlebend. Herrn.
Gef. Angeb. unt. W. 5 81
an die Geschäftsst. *5252

Jäger
E 3, 7 *5366
Lebensgefährtin
aus ohne Vermögen
Suchst du mit W. O. 77
an die Geschäftsst. * 28.

Tausch.
Großes Büro, 10 Räume mit 3 Zim-
Wohnung in zentraler Lage. Hauptver-
kehrspunkt der Straßenbahnen, gegen
kleineres Büro von 4 Räumen und
3 Zim. Wohnung in der Schloßgasse,
Oberstadt. Angebote unter M. Y. 173
an die Geschäftsstelle. *5235

Backwaren
gibt. — In großen und kleinen Quantitäten erhältlich, zur
Zeit noch in Zentrierpackung u. Originalmühlenschluß.

Verkaufe
4stöckig. Haus
mit Wirtschaft u. Garten
in bester Lage, ...

Ossi Oswald
Das Millardensouper
Jäger
Lebensgefährtin

Laden
Wer vermietet in Ehepaar
1-2 leere Zimmer
oder Mansarde(n)
Energie unter W. O. 79
an die Geschäftsst. *5952

Auto-Garage
wenn möglich Öffentl.
zu mieten gesucht. ...

Kauf-Gesuche
Herr sucht
Skis
an erster Stelle auf ein
größeres Geschäft
gesucht.

15000 Mk.
an erster Stelle auf ein
größeres Geschäft
gesucht.